

Ökumenisches Netz in Deutschland

Organisationen und Netzwerke im Konziliaren Prozess

c/o Martin Gück
Hegenichstr. 22
D-69124 Heidelberg



Vorschlag des Ökumenischen Netzes in Deutschland (ÖNiD) für die 2. Fassung der Ökumenischen Erklärung zum gerechten Frieden

Die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt soll 2011 durch eine Internationale Ökumenische Friedenskonvokation und eine „Erklärung zum gerechten Frieden“ abgeschlossen werden. In der Vorbereitung darauf versandte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) einen ersten Entwurf für diese Erklärung an die Mitgliedskirchen. Diese sind aufgefordert, Vorschläge für einen zweiten Entwurf einzubringen. Die EKD hat ihren Beitrag zur Dekade bereits in der Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ vorgelegt und durch eine Stellungnahme zum 1. Entwurf ergänzt. Die ökumenische Basis in Deutschland bringt mit ihrem Vorschlag eine eigene Stimme zu Gehör. Dass keine Vorschläge für die Überarbeitung des ersten Entwurfs, sondern ein eigener vorgelegt wird, hat folgenden Grund.

Der erste Entwurf ist eine relativ abstrakte begriffliche Untersuchung zum Thema gerechter Friede. Konkrete gegenwärtige Probleme sind allenfalls aufzählend erwähnt. Eine eindringende Analyse der direkten, strukturellen und kulturellen Gewaltphänomene und deren Wechselwirkungen fehlt völlig. Dies scheint uns angesichts der dramatischen Gesamtkrise der herrschenden ökonomischen, politischen und zivilisatorischen Verhältnisse unangemessen. Auch nutzen die biblischen Erwägungen kaum die kontextuelle Methode, um die Texte ihrerseits präziser zu verstehen und sie so auf unseren eigenen Kontext beziehen zu können. Zudem fehlen klare Handlungsvorschläge für die Kirchen.

Deshalb übergeben wir hiermit dem Ökumenischen Rat der Kirchen unseren Vorschlag für die 2. Fassung der Ökumenischen Erklärung zum gerechten Frieden. Im zweiten Teil folgt die Begründung unseres Vorschlags in den bewährten Schritten „Sehen-Urteilen-Handeln“.

Germete, 24.10.2009

Jahrestagung des Ökumenischen Netzes in Deutschland (ÖNiD)

Im Ökumenischen Netz in Deutschland (ÖNiD) arbeiten derzeit mit:

Arbeitskreis Kirche und Ökonomie Berlin, Bayrische Pfarrbruderschaft, Christen für gerechte Wirtschaftsordnung, Christliche Friedenskonferenz, Frauen wagen Frieden, Hendrik-Kraemer-Haus Berlin, Initiative Aufbruch anders besser leben, Initiative Kirche von unten, Ökumenische Initiativgruppe Eine Welt Treptow-Köpenick, INKOTA, KAIROS Europa, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, Kommunität Grimnitz, Ökumenische Initiative Eine Welt, Ökumenisches Netz Bayern, Ökumenisches Netz Mittelrhein, Ökumenisches Netz Niedersachsen, Ökumenisches Netz Nord- und Osthessen, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Ökumenisches Netz Württemberg, pax christi – deutsche Sektion, Plädoyer für eine ökumenische Zukunft, Pro Ökumene, Solidarische Kirche im Rheinland, Solidarische Kirche in Westfalen, SÜDWIND

VORGESCHLAGENE ERKLÄRUNG

Leben in gerechtem Frieden

Menschheit und Erde befinden sich in einer beispiellosen Krise. Diese äußert sich vor allem in Form der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Ernährungskrise, der sozialen Krise (der ständig wachsenden Schere zwischen Verarmenden und sich Bereichernden), der Energiekrise, der Klimakrise und der Krise des dramatischen Sterbens der Arten, der Krise zunehmender Gewalt auf allen Ebenen – von Familie und Schule bis zu imperialen Kriegen. Die Ursachen dieser Krisen hängen offenbar innerlich zusammen mit der herrschenden Zivilisation, die vom „Westen“ aus in Wirtschaft, Politik, Ideologie und Menschenverständnis den gesamten Globus erobert hat. Sie gefährdet das Leben selbst. Darum muss gerechter Friede aus unserer Sicht als Weg zu einer neuen Zivilisation des Lebens auf allen Ebenen verstanden und dieser Weg dann auch beschritten werden – institutionell und spirituell.

Die notwendige Umkehr zum Leben in gerechtem Frieden umfasst mindestens drei Aspekte:

- eine geistlich im Glauben oder humanistisch begründete Vision einer neuen, schon wachsenden Zivilisation des Lebens;
- die um der Integrität des Glaubens und speziell des Kircheseins willen notwendige grundsätzliche Absage an die herrschende wirtschaftliche, politische, gewaltfördernde Kultur und Weltordnung;
- kurz-, mittel- und langfristige Schritte zur Verwirklichung der Vision.

Deshalb geben wir auf der Grundlage der biblischen Botschaft und unter Aufnahme von Vollversammlungsbeschlüssen der ökumenischen Organisationen folgende Erklärung ab und laden alle Kirchen, Gemeinden, Christinnen und Christen ein, sich diese zueigen zu machen und für die Verwirklichung ihrer Forderungen in den Gesellschaften politisch zu streiten:

1. Welcher Gott soll regieren?

Wir glauben, dass Gott die ganze Schöpfung in Liebe geschaffen hat und alle Menschen zur Mitarbeit einlädt, sie in gegenseitiger Solidarität und in Respekt vor Gottes Gaben zu gestalten. „Die Erde gehört Gott und was darinnen ist“ (Ps 24,1). Im Glauben an die trinitarische Dynamik Gottes bekennen wir mit der ganzen Christenheit die Sozialität Gottes als Quelle der Zusammengehörigkeit aller Kreaturen.

Darum sagen wir Nein zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus – unter Anwendung von struktureller, kultureller, aber auch direkter Gewalt – aufgezwungen wird. Wir weisen jeden Anspruch auf ein wirtschaftliches, politisches und militärisches Imperium zurück, das Gottes Ordnung des Lebens umzustürzen versucht, und dessen Handeln in Widerspruch zu Gottes Liebe und Gerechtigkeit steht. Wir verwerfen eine Wirtschafts- und Lebensweise, die um der Profitsteigerung willen im Dienst des Götzen Mammon die Natur ausbeutet und grenzenloses Wachstum propagiert, so dass die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen gewaltsam zerstört und die Überlebensfähigkeit der Erde insgesamt gefährdet werden.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, gemeinsam mit sozialen Bewegungen und Menschen aus anderen Glaubensgemeinschaften dem herrschenden politisch-ökonomisch-kulturellen System Widerstand entgegenzusetzen und für lebensnotwendige Alternativen zu arbeiten.

2. Gottes gute Gaben für alle dürfen nicht gewaltsam privatisiert werden

Wir glauben, dass Gott ein Gott des Lebens ist und Leben in Fülle für alle Kreaturen will. „Ich bin gekommen, damit alle Leben und Überfluss haben“ (Joh 10,10).

Darum sagen wir Nein zu einer Politik, die durch Privatisierung von Kollektiv- und Gemeingütern für die Kapitaleigentümer Reichtum, für die große Mehrheit der Weltbevölkerung aber Knappheit und Armut – die schlimmste Form von Gewalt (Gandhi) – erzeugt und die Natur ausbeutet, ja zerstört. Insbesondere sagen wir Nein zur Patentierung von Saatgut und solcher Medizin, die zur Grundversorgung der Bevölkerung lebensnotwendig ist; Nein zur Privatisierung von Genen sowie

zur Biopiraterie; Nein zur Privatisierung von Wasser und anderen Gaben der Natur; Nein zur Privatisierung von Dienstleistungen von besonderem öffentlichen Interesse wie Energie, Transport, Gesundheit, Bildung; Nein auch zur Zerstörung von solidarischen Sozialsystemen durch Privatisierung; Nein zu ihrer Auslieferung an profitorientierte Versicherungskonzerne und damit an die spekulativen Finanzmärkte. Dies alles ist strukturelle Gewalt im Dienst der Reichen..

Insbesondere aber verwerfen wir die direkte Gewalt einer Politik, die zur Durchsetzung dieser Privatinteressen Kriege führt und unermessliche Ressourcen in der Rüstung verschwendet.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, bei uns selbst sowie in der Gesellschaft für eine Demokratisierung der Wirtschaft im Dienst des Lebens und weltweit für solidarische Sozialsysteme zu arbeiten, damit alle genug haben, weder Mangel noch Überkonsum herrscht und die Erde für zukünftige Generationen erhalten bleibt. Wirtschaften soll dem Gebrauch und nicht der Kapitalvermehrung dienen. Deshalb müssen Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung sowie globale Gemeingüter politisch öffentlich und solidarisch bewirtschaftet werden, damit gemäß der Menschenrechtschartas der Vereinten Nationen alle Regierungen ihre Verantwortung für das Wohlergehen ihrer Bevölkerung wahrnehmen. Wir verpflichten uns, für eine Ordnung auf allen Ebenen zu kämpfen, die Wirtschaft und Politik in den Dienst des Lebens aller stellt und damit auch wesentliche Ursachen von Gewalt überwindet.

3. Gottes schöne Erde darf nicht gierig zerstört werden

Wir glauben, dass Gott den Menschen eine wunderbare, reiche und schöne Erde geschenkt und anvertraut hat. „Gott nahm die Menschen und brachte sie in den Garten Eden, diesen zu bebauen und zu hüten“ (Gen 2,15).

Darum sagen wir Nein zu einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Gottes Gaben in Waren verwandelt und sie so zunehmend zerstört. Insbesondere rufen wir Christinnen, Christen, Gemeinden und Kirchen in den Industrieländern auf, ihre unbezahlbaren ökologischen Schulden, insbesondere ihre zerstörerischen Klimaschulden, gegenüber den Menschen in den seit 500 Jahren armgemachten Regionen der Erde anzuerkennen und wenigstens zeichenhaft Wiedergutmachung zu leisten, radikal ihren Energieverbrauch und den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen zu reduzieren sowie ihre Regierungen zu verpflichten, entsprechende nationale und internationale Gesetze zu erlassen, die die Klimaerwärmung unter 2 Grad Celsius begrenzen und das Sterben der Arten stoppen.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, im Blick auf die Reduzierung unseres Energie- und Umweltverbrauch beispielhaft voranzugehen und unsere Regierungen zu zwingen, die erforderlichen Reduktionsverpflichtungen per Völkerrecht verbindlich festzulegen (dabei sind Übergangszeiten für Schwellen- und Entwicklungsländer zu beachten). Insgesamt werden wir persönlich, kirchlich und gesellschaftlich für eine Kreislaufwirtschaft arbeiten, die die Gaben der Natur für alle gerecht und zukunftsfähig nutzt.

4. Gott befreit arbeitende Menschen aus gewaltsamer Ausbeutung

Wir glauben, dass Gott menschliche Arbeit als Teilnahme an Gottes schöpferischer Kraft und als Mittel zur Selbstversorgung der menschlichen Gemeinschaften, aber keine Ausbeutung von arbeitenden Männern und Frauen will. „Ich, ICH-BIN-DA (Jahwe), bin deine Gottheit, weil ich dich aus der Versklavung in Ägypten befreit habe“ (Ex 20,2).

Darum sagen wir Nein zu einer Wirtschaftsordnung, in der arbeitende Menschen, insbesondere Frauen, (strukturell oder direkt) gewaltsam ausgebeutet und in die Erwerbslosigkeit gestoßen werden. Nein auch zu Regierungen, die den Arbeitenden Steuern auferlegen, aber immer weniger Steuern auf Kapitaleinkommen von Gewinnen und Vermögen verlangen und Steuerparadiese nicht abschaffen.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, zusammen mit den Gewerkschaften Rechtsordnungen und wirtschaftspolitische Entscheidungen zu erkämpfen, die allen arbeitsfähigen Menschen gerecht bezahlte und gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze verschaffen – nicht zuletzt durch die Verwendung des Produktivitätsfortschritts für umfassende

Arbeitszeitverkürzungen. Dabei sollen alle Mitarbeitenden die sie betreffenden Entscheidungen mitbestimmen.

5. Gott will keine Anhäufung von Geld über das Lebensnotwendige hinaus

Wir glauben, dass Gott Akkumulation von Reichtum für wenige auf Kosten der Mehrheit verabscheut. „Niemand kann zwei Mächten dienen. Entweder wirst du die eine Macht hassen und die andere lieben oder du wirst an der einen hängen und die andere verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Geld“ (Mt 6,24). „Giere nicht nach dem, was zu deinen Mitmenschen gehört, weder nach seiner Partnerin noch seinem Partner, noch nach seinem Sklaven oder seiner Sklavin, nicht nach seinem Rind noch Esel, noch nach irgendetwas, das ihm oder ihr gehört“ (Ex 20,17).

Darum sagen wir Nein zu einer Wirtschaftsordnung, die Gier anstachelt und belohnt, die auf naturzerstörendes und sozial spaltendes Wachstum angelegt ist, weil sie Geld und Kapital zur Ware und deren Vermehrung zum Selbstzweck macht.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, die Gewalt von Geld und Kapital sowie insbesondere deren spekulativen Missbrauch als „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ zu überwinden. Wir werden selbst Geld nur im Dienst realen Wirtschaftens gebrauchen. Wir werden zusammen mit sozialen Bewegungen dafür kämpfen, dass die politischen Institutionen Geld national und international zu einem öffentlichen Gut machen, das ausschließlich nutzbringendem Wirtschaften dient und dass sie so alles Eigentum sozial und ökologisch der Allgemeinheit verpflichten.

6. Gott will durch Gerechtigkeit menschliche Sicherheit schaffen

Wir glauben, dass Gott nicht durch Militär, sondern durch Gerechtigkeit Frieden schaffen will. „Das ist das Wort Gottes an Serubbabel: ‚Nicht mit Macht und nicht mit Gewalt, sondern durch meine Geistkraft‘“ (Sach 4,6). „Solange über uns die Geistkraft aus der Höhe ausgegossen wird, wird die Wüste als Baumgarten und der Baumgarten wird als Wald angesehen werden. Dann wird in der Wüste das Recht wohnen und Gerechtigkeit im Baumgarten sitzen. Dann wird die Gerechtigkeit Frieden schaffen und die Gerechtigkeit wird für immer Ruhe und Sicherheit bewirken“ (Jes 32, 15-17).

Darum sagen wir Nein zu der Institution des Krieges, der – zumal unter den Bedingungen der gegenwärtigen Waffentechnik – niemals und durch nichts zu rechtfertigen ist; Nein zu den über eine Billion US\$, die jährlich für die Rüstung verschwendet werden, während im gleichen Zeitraum über 30 Millionen Menschen an den Folgen des Hungers sterben. Rüstung mordet nicht erst, wenn sie zum Einsatz gelangt, sondern bereits, wenn sie produziert wird. Insbesondere verwerfen wir völkerrechtswidrig begonnene imperialistische Kriege wie die gegen den Irak und Afghanistan sowie den unbegrenzten „Krieg gegen den Terror“. Darum lehnen wir die über 800 Militärbasen der USA, unter deren Schutz autoritäre und scheidemokratische Regierungen wie in den Philippinen und Kolumbien notorische Menschenrechtsverletzungen verüben, ebenso ab wie die Aufrüstung der EU mit internationalen Eingreiftruppen. Ordnungsaufgaben der Weltgemeinschaft bei notorischen Menschenrechtsverletzungen in einzelnen Ländern und Regionen sind ausschließlich von Polizeikräften unter dem Dach der demokratisch umzugestaltenden Vereinten Nationen durchzuführen.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, an keinem Krieg in irgendeiner Weise mitzuwirken. Stattdessen wollen wir im Sinn Jesu und Gandhis aktiv gewaltfrei, aber konflikt- und leidensbereit allem Unrecht entgegentreten, präventiv ebenso wie therapeutisch an notwendigen Versöhnungsprozessen mitwirken und politisch dazu beitragen, dass der Krieg geächtet wird.

7. Gott wird durch Massenvernichtungsmittel gelästert

Wir glauben, dass Massenvernichtungsmittel eine Gotteslästerung sind, denn Menschen sind nach dem Bilde Gottes geschaffen. „Wer Menschenblut vergießt, deren Blut soll durch Menschen vergossen werden. Denn als Bild Gottes sind die Menschen gemacht“ (Gen 9,6). „Nur wenn ihr euer Verhalten und euer Tun wahrhaft bessert,... kein unschuldiges Blut an diesem Ort vergießt...,

dann will ich euch wohnen lassen an diesem Ort für immer, in dem Land, das ich euren Eltern gegeben habe“ (Jer 7,5ff.).

Darum sagen wir Nein ohne jedes Ja zur Produktion, Stationierung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln, die immer unschuldiges Blut vergießen, ja, alles Leben auf der Erde auslöschen können. Wir verwerfen die Strategien der USA und der NATO, die das Recht auf einen atomaren Erstschlag beanspruchen und bereits jetzt mit Uran abgereicherte Munition mit verheerender Wirkung für die betroffenen Bevölkerungen zum Einsatz bringen.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu und wir rufen alle Mitglieder von christlichen Kirchen dazu auf, auf keine Weise an der Produktion, Stationierung oder Anwendung von Massenvernichtungsmitteln mitzuwirken, auch keine politische Partei zu wählen, die sich nicht zur vollständigen Abschaffung von Massenvernichtungsmitteln bekennt. Wir rufen insbesondere die Regierung der USA, aber auch alle anderen Regierungen auf, den Worten Taten folgen zu lassen und eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. Nur dann können auch Regierungen, die jetzt nach Atomwaffen streben, daran gehindert werden, ihren Plan in die Tat umzusetzen.

8. Gott schafft sich ein Volk, das alle Völker zu einem Leben in gerechtem Frieden einlädt

Wir glauben, dass Gott uns zu einem Volk beruft, das ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden vorlebt und so Licht in der Welt, Stadt auf dem Berge und Salz der Erde wird (Mt 5, 13-16). „Und viele Völker werden aufbrechen und sagen: ‚Auf, lasst uns hinaufziehen zum Berg Gottes, zum Haus der Gottheit Jakobs, damit sie uns lehre ihre Wege und wir gehen auf ihren Pfaden, denn von Zion wird Weisung ausgehen und das Wort Gottes von Jerusalem.‘ Und Gott wird Recht sprechen zwischen den fremden Völkern und richten zwischen vielen Völkern. Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Lanzen zu Winzermessern umschmieden, kein fremdes Volk wird mehr gegen ein anderes sein Schwert erheben, und niemand wird mehr Kriegshandwerk lernen. Haus Jakobs: Auf und lasst uns im Licht Gottes gehen!“ (Jes 2,3-5).

Darum sagen wir nein zu allem Missbrauch des Namens Gottes und Christi für Machtzwecke, geschehe er durch Regierungen, politische Parteien, Gruppen, Theologien oder Kirchen. Wir verwerfen insbesondere Wohlstandstheologien, fundamentalistische Kreuzzugstheologien und solche Ideologien, die im Namen der Freiheit die Reichtumsvermehrung von Kapitaleignern betreiben und dafür auch gewaltsames, imperialistisches staatliches Handeln rechtfertigen.

Gottes Geistkraft befreit uns als Einzelne und als Kirchen dazu, Jesus nachzufolgen und am Bau von Gottes Reich, von Gottes herrschaftsfreier, lebensförderlicher Ordnung mit menschlichem Gesicht mitzuwirken. Dazu gehören die Mitwirkung am Aufbau einer neuen, dem Leben dienenden solidarischen Wirtschaftsweise, das Einüben von gewaltfreien Verhaltensweisen für Konfliktprävention und -therapie, die Vermeidung und Verminderung von Gewalt auf allen Ebenen von der Familie bis hin zu einer Weltfriedensordnung und ein Lebensstil, der ökologische und soziale Gerechtigkeit fördert. Wir suchen die Gemeinschaft und Zusammenarbeit mit Menschen anderen und keinen Glaubens, die das Leben auch der geringsten Menschen und der gefährdeten Erde achten und fördern.

Wir bitten Gott im Namen Jesu um Geistkraft, uns an den wunderbaren Gaben der Schöpfung zu freuen, ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden zu führen und dafür zu kämpfen, dass es allen Menschen und der Erde zuteil wird.

BEGRÜNDUNG

„Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden bei den Menschen seines Wohlgefallens.“
Lukas 2, 10-14

„Gloria Dei, homo vivens“ – „Die Ehre Gottes ist es, dass der Mensch lebt.“
Kirchenvater Irenäus, aufgenommen von Erzbischof Romero

„Seht doch! Jedes Menschenleben gehört mir, das Leben der Eltern wie das Leben der Kinder – mir gehört es. Das Leben, das sich verfehlt, wird zugrunde gehen. Ein gerechter Mensch ist, wer Recht und Gerechtigkeit verwirklicht:....Eine gerechte Person beutet niemanden aus. Das Pfand gibt sie denjenigen zurück, die ihr etwas schulden. Sie reißt nichts an sich, was ihr nicht gehört. Vom eigenen Brot gibt sie den Hungrigen. Nackte bekleidet sie. Sie verleiht nicht gegen Zins und nimmt keine Wucherpreise. Vom Unrecht hält sie sich fern. Zuverlässig schafft sie Recht zwischen den Menschen. Sie folgt meinen Bestimmungen, mein Recht bewahrt sie, um es zuverlässig zu verwirklichen. Sie bewahrt Gerechtigkeit – und wird lebendig bleiben! – Ausspruch der Ewigen, mächtig über allen.

Sie bekommt nun ein Kind, eine verbrecherische Person. Es vergießt Blut, und – wehe! – begeht mehrere der genannten Verfehlungen..... Wird es lebendig bleiben? Es wird nicht lebendig bleiben, weil es verachtet hat, was heilig ist. Es wird getötet werden, was es getan hat, wird auf es selbst zurückfallen!

Diese verbrecherische Person, sie bekommt nun ein Kind, das sieht alle Verfehlungen von Vater oder Mutter, die sie begangen haben. Sohn oder Tochter sehen es – und handeln nicht so:....Sie verwirklichen mein Recht und folgen meinen Bestimmungen. Sie werden nicht sterben wegen der Sünde ihrer Eltern – sie werden lebendig bleiben! Ihre Eltern aber – weil sie gewalttätig gehandelt und an sich gerissen haben, was Bruder oder Schwester gehörte, und getan haben, was nicht gut ist inmitten ihres Volkes – sie werden wegen ihrer Schuld zugrunde gehen! ...

Wenn eine gerechte Person sich vom gerechten Handeln abwendet und Unrecht tut – sie wird dadurch zugrunde gehen. Wegen des begangenen Unrechts wird sie zugrunde gehen. Wenn eine ungerechte Person sich von der begangenen Verfehlung abwendet und Recht und Gerechtigkeit verwirklicht – sie wird ihre Lebendigkeit bewahren! Sie ist einsichtig und wendet sich von allen begangenen Rechtsbrüchen ab – sie wird lebendig bleiben und nicht zugrunde gehen. ...

Deshalb werde ich jeden und jede von euch nach der eigenen Lebensweise beurteilen, Haus Israel – Ausspruch der Ewigen, mächtig über allen. Kehrt um, wendet euch ab von allen euren Rechtsbrüchen! Dann wird es für Euch keinen Anlass mehr geben, in Schuld hineinzustolpern! Werft alle Rechtsbrüche von euch, durch die ihr eure Gemeinschaft zerbrochen habt, und schafft euch ein neues Herz und neue Geistkraft! Warum wollt ihr zugrunde gehen, Haus Israel? Nein, mir liegt nichts am Tod derer, die dem Tod verfallen sind – Ausspruch der Ewigen, mächtig über allen. Kehrt um und lebt!“ *Ezechiel 18*

Wir leben in einer Zeit, in der es immer deutlicher wird, dass es für die Weltbevölkerung und die Erde um Leben und Tod geht. Immer mehr Menschen nehmen auch wahr, dass es nicht einfach nur einzelne Handlungen sind, die das Leben bedrohen, sondern dass Strukturen, Politiken und Lebensweisen herrschen, die – wenn sie nicht daran gehindert werden – die Welt in den Abgrund reißen werden. Um den Kurs dieser Titanic zu ändern, sind die wichtigsten Akteure für eine andere Welt diejenigen, die jetzt am meisten unter den Verhältnissen leiden. Sie sind die prophetischen Ruferinnen und Rufer zur Umkehr zum Leben in Gerechtigkeit und Frieden.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist eine weltweite Gemeinschaft von Kirchen. So verbindet er Menschen in allen Regionen der Erde und erfährt gleichzeitig die globale Situation von Menschheit und Erde. „Wenn ein Körperteil leidet, leiden alle anderen mit; wenn ein Körperteil geehrt wird, freuen sich die anderen alle mit“ (1 Kor 12,26). In der gegenwärtigen Situation bedeutet dies die Herausforderung, gemeinsam die Wechselwirkungen zwischen den örtlichen Krisen des Lebens und der globalen Krise klar zu erkennen und zu benennen sowie gemeinsam für ein Leben in Gerechtigkeit und Frieden einzutreten.

Darum hat der Ökumenische Rat im Rahmen der Dekade zur Überwindung von Gewalt, zu deren Abschluss die „Erklärung Gerechter Friede“ beschlossen und veröffentlicht werden soll, eine Reihe von gegenseitigen Besuchen organisiert, genannt „Living Letters“, „Lebendige Briefe“ (2 Kor 3,3).¹ Besucht wurden in *Afrika*: Angola, Mosambik, Demokratische Republik Kongo, Liberia, Sierra Leone, Uganda, Südafrika, Sudan, Kenia; im *Mittleren Osten*: Israel und Palästina; in *Asien*: Pakistan, Sri Lanka und Indonesien; in *Lateinamerika und der Karibik*: Uruguay, Bolivien, Kolumbien, Nicaragua, Honduras und Haiti; in *Europa*: Deutschland; in *Nordamerika*: die USA. In all diesen Ländern gibt es Konflikte – zum Teil solche auf Leben und Tod, die direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt enthalten. Was die Ursachen betrifft, so mischen sich globale systemische Probleme mit spezifisch örtlich bedingten. Es ist deshalb beim Sehen, Urteilen und Handeln jeweils darauf zu achten, wie die verschiedenen Ebenen von der lokalen bis zur globalen ineinander verschränkt sind.

I. Sehen

Eines der deutlichsten Beispiele für das Ineinandergreifen der verschiedenen Ebenen und für den Zusammenhang von Ungerechtigkeit, direkter Gewalt und Naturzerstörung ist Kolumbien. Dieses Land wurde vom 6.-12. Dezember 2008 von einem ökumenischen Team als „Living Letter“ besucht (<http://www.overcomingviolence.org/en/peace-convocation/living-letters-visits/colombia.html>). Die Vereinten Nationen haben die Situation in diesem Land „as one of the world's worst humanitarian crises“ bezeichnet.

Eine der besuchten Regionen war der Chocó. Dazu schreibt das Team:

“The Chocó region is of military importance for all parties to the conflict that has involved the army, two groups of left-wing rebels and right-wing paramilitaries since the 1960s. Close to the border with Panama and covered by tropical forest, it is a key area for arms trafficking.

The region is also of great economic interest. It is potentially the site of a canal linking the Caribbean and Pacific Oceans and of a highway linking Panama and Colombia. It is also rich in minerals, cultivable land, timber and biodiversity.

The area's population, which individually and collectively has legitimate property rights to land whose value has multiplied tenfold since 1996, has become an obstacle in the way of military actors and powerful economic interests. Today, transnational companies use extensive areas of this territory for African oil palm plantations and for cattle rearing.

‘We have seen how economic projects use the armed conflict as a pretext to evict peasants and steal their land’, said Rev. Christopher Ferguson, the WCC representative to the United Nations and member of the Living Letters team. ‘Transnational companies are responsible for the suffering of these communities’, he added”.

Weiter heißt es in dem Bericht zum Besuch in zwei Gemeinschaften interner Flüchtlinge:

“Since 1999, some of the displaced people in Curvaradó and neighbouring Jiguamiandó have tried to return to their homes with the support of non-governmental organisations, including the Inter-Church Justice and Peace Commission. In 2001, a military and paramilitary attack caused new displacements. This exodus coincided with the introduction of African oil palm plantations on the evicted communities' land. Less than a decade later, the tropical forest has become a "green desert" of oil palm trees.”

Hinzu kommen die Entführungen und Ermordungen von solchen Menschen, die sich gegen die sozio-ökonomische und politische Gewalt wehren:

„It is difficult to estimate the number of enforced disappearances committed by the military and paramilitary groups as part of their counterinsurgency strategy. Amnesty International puts the figure at between about 15,000 (the number of cases being investigated by the office of the general attorney) and 30,000 (denounced by human rights organisations)”.

Als Hauptverantwortliche für diese Situation identifizierte das Team die Regierung des Landes, gestützt auf die USA:

“The visit and the evidence gathered by the team led it to criticize President Álvaro Uribe's government. ‘There is a major contradiction between the government's portrayal of itself as democratic and its markedly authoritarian

¹ <http://gewaltueberwinden.org/de/konvokation/lebendige-briefe.html>

character', said Bishop Etchegoyen. He also criticized the 'Plan Colombia', through which the United States channels 'large sums of money for the purchase of arms in the guise of humanitarian aid'."

Aus diesen Erfahrungen heraus wird deutlich, dass in Kolumbien ökonomisch strukturelle, militärisch direkte und ideologisch kulturelle Gewalt das Leben von Menschen und Erde gefährden. Seit der Kolonialzeit besitzen und kontrollieren wenige Familien den Großteil des Landes und seiner Bodenschätze. Sie kooperieren mit transnationalen Konzernen, die Öl und Erze ausbeuten oder neuerdings Monokulturen zum Anbau von Ölpalmen usw. für die Produktion von Agro-Sprit einrichten. Gemeinsam setzen sie zur Absicherung und Ausweitung ihres „Eigentums“ Paramilitärs ein. Diese vertreiben Bauern und indigene Bevölkerungen von ihrem Land, terrorisieren und ermorden deren Führungspersonen, aber auch Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen, Journalisten und Journalistinnen, die über die Gewalttaten berichten, sowie Solidarische aus sozialen Bewegungen und Kirchen. Die Regierung und das Militär kooperieren mit dem Paramilitär – gestützt auf das im Land stationierte US-Militär und die damit verbundene Militärhilfe. Den politischen und rechtlichen Rahmen dafür bietet der „Plan Colombia“. Er garantiert die neoliberale Struktur der Wirtschaft, den „Freihandel“ und die militärische Absicherung. Die von den Herrschenden kontrollierten Medien sichern das System kulturell ab.

Als Begründung für dieses System strukturell ökonomischer, direkt (para-)militärischer und kultureller Gewalt dient der „Krieg gegen den Terror“, in diesem Fall gegen die Guerillabewegungen FARC und ELN. Warum sich diese Bewegungen vor mehr als fünfzig Jahren gebildet und seither das Land in einen Bürgerkrieg verwickelt haben, wird nicht gefragt. Er begann nach der Ermordung des populären Politikers Jorge Eliécer Gaitán im Jahr 1948. Seither gab es viele Versuche, eine politische Lösung des sozialen und kriegerischen Konflikts zu finden. Aber immer, wenn die Opposition sich – auf Grund von Abmachungen – aus dem Untergrund wagte und die öffentliche politische Auseinandersetzung suchte, wurden ihre Führer brutal ermordet.

Das Ergebnis dieser Entwicklung sind 4 Millionen interne Flüchtlinge, 4 Millionen Menschen, die ins Exil gegangen sind, jährlich mehrere Tausend ermordeter Führungspersonen aus Gewerkschaften, indigenen Organisationen, sozialen Bewegungen und aus Berufsgruppen, die die Rechte der sich wehrenden Opfer verteidigen, also Rechtsanwälte/innen, Journalisten/innen usw. Gleichzeitig wird fruchtbares Land für die wirtschaftlichen Interessen zerstört.

Wir haben es also hier mit einer klaren Verquickung von wirtschaftlich struktureller Gewalt, direkter militärischer und paramilitärischer Gewalt zu tun. Dabei zeigt die Grausamkeit der Morde – Menschen werden nicht nur gefoltert, sondern ihre Leichen zerstückelt –, wie sehr die Gewalt einzelne Menschen, aber auch die Gesellschaft als ganze brutalisiert und entmenschlicht.

Ähnliches könnte man an anderen Ländern aufzeigen, die von der Geschichte des europäischen und US- Kolonialismus und Imperialismus betroffen sind. Zu dem Team des „Living Letter“-Besuchs in Kolumbien gehörte auch Bischof Solito Toquero von der United Methodist Church of the Philippines. Er entdeckte sofort die Parallelen zu der Situation in seinem eigenen Land: „The visit of this group made us feel that churches from all over the world have been here. It has given us spiritual energy and encouraged us to persevere as a church committed to the life of those suffering from forced displacement“, said the Rev. Gloria Ulloa, executive secretary of the Coastal Presbytery of the Presbyterian Church of Colombia. ‘It was compelling to listen to Bishop Solito Toquero, of the United Methodist Church of the Philippines and observe how many similarities there are in the conflicts in our two countries’, Ulloa added. ‘The commitment of the Philippine churches re-energizes our effort to move forward with ours’."

“The Rev. Jorge Zijlstra, secretary for the Caribbean and Great Colombia region of the Latin American Council of Churches, based in Puerto Rico, said the Living Letters' mission does not end with the visit to the country in question. ‘If you send a letter, you expect a reply, and perhaps from now on we can be 'living letters' from Colombia to the world, and make the voice of those who are suffering here heard in places that are unaware of the situation in this country’."

Ähnlich könnten weitere Beispiele der “Living letters” aus anderen Ländern und anderen Kontinenten dargestellt und entfaltet werden.

So helfen die “Living letters” (als Beispiel der gegenseitigen ökumenischen Wahrnehmung im weltweiten Leib Christi), sehen zu lernen – sehen zu lernen, wie sich an verschiedenen Orten ähnliche Verhältnisse beobachten lassen, was dies mit globalen Strukturen zu tun hat, aber auch, wie Christinnen und Christen in Ländern, die für Unrecht und Gewalt hauptverantwortlich sind, aufwachen und Widerstand leisten. Um das Gesehene aber zu verstehen und Ansätze für die Eindämmung und Überwindung der herrschenden Gewalt zu finden, bedarf es der Analyse und des Hörens auf Gottes Wort.

II. Urteilen

Von den Rändern her erkennt man am schärfsten, welche gewaltträchtigen, systemischen Mechanismen am Werk sind, die das Leben von Menschen und Erde gefährden. Hier geht es direkt um Leben und Tod. Hier sterben jedes Jahr zwischen 30 und 40 Millionen Menschen an Hunger – vor allem im sub-saharischen Afrika –, hier toben die Stellvertreterkriege wie im Kongo, hier ist in Folge der Klimakatastrophe das fruchtbare Land durch die steigenden Meere vom Untergang bedroht wie in Bangladesch. In den Zentren von Macht und Reichtum hingegen scheint das Leben weiterhin eine Selbstverständlichkeit zu sein. Hier geht es um die Maximierung von Wohlbefinden auf der Titanic. Die biblischen Zeugnisse leiten uns an, die Perspektive Gottes einzunehmen: Schreie zu hören, Elend zu sehen (Ex 3), solidarisch mit den „Geringsten“ zu werden (Mt 25, 31ff.) und das „Stöhnen der Kreatur“ mit Hilfe der Geistkraft Gottes in die Freiheit der Söhne und Töchter Gottes zu verwandeln (Röm 8,19f.). Kurz, bei der Überwindung von Gewalt geht es letztlich um die Überwindung von allem, was das von Gott geschenkte Leben – die „heilige Gabe des Lebens“ in allen menschlichen Dimensionen des Körpers, der Seele und des Geistes, aber auch in der kosmischen Dimension der Erde – gefährdet. Um in dieser Situation die Lebensbedingungen von Menschen und Erde zu ermöglichen, sind Gerechtigkeit und Frieden notwendig. Darum schlagen wir auch vor, die ökumenische Erklärung „Leben in rechtem Frieden“ zu nennen.

1. Die Gewaltförmigkeit der modernen Zivilisation führt zum Tod

Im Jahr 2007 organisierten der Ökumenische Rat und der Rat für Weltmission (CWM) gemeinsam eine Konsultation in Korea unter dem Thema: “Transforming Theology and Life-Giving Civilization” (<http://www.oikoumene.org/de/dokumentation/documents/oerk-generalsekretaer/speeches/13-08-07-chang-seong-korea-transforming-theology.html>). Der Bericht beginnt mit dem Satz:

„Today we are faced with life-killing civilization, manifested in economic injustice, ecological destruction, the threat of Empire, and the escalation of religious conflicts. This compels us to urgently explore the possibility of life-giving civilization which affirms relationships, co-existence, harmony with creation, and solidarity with those who struggle for justice.“

Danach lässt sich Gewalt mit ihren tödlichen Wirkungen im globalen Kontext nur überwinden, wenn wir die Grundlagen und Elemente der heute herrschenden westlichen Zivilisation erkennen lernen und uns auf den Weg zu einer grundlegend neuen Kultur des Lebens machen.

Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen, in denen sich die heute herrschende, lebensbedrohende Zivilisation Ausdruck verschafft, ist verbunden mit einem Verständnis Gottes und des Menschen, das sich im Rahmen der Neuzeit entwickelt hat. Es wurde auf den Begriff gebracht von mehreren Philosophen, die immer auch offen oder verdeckt auf theologische Wurzeln zurückgreifen.

René Descartes lieferte die grundlegenden Kategorien für die neuzeitliche Kultur. Er definiert den Menschen als „Herr und Besitzer der Natur“. Die Natur ist nicht mehr Gabe Gottes, sondern Objekt des erobernden und herrschenden Menschen. Schon Francis Bacon hatte gesagt, der Mensch müsse der Natur mit Gewalt die Geheimnisse abpressen wie der Folterer den Hexen. Denn „Wissen ist Macht“. Nach Descartes ist das menschliche Subjekt reine ratio, und zwar männliche ratio. Denn

s.E. sind die Frauen wesentlich von Natur und Emotionen bestimmt. Damit ist die europäische Neuzeit auch wesentlich von Sexismus bestimmt. Ebenso werden die nichteuropäischen Völker als „Naturvölker“ verstanden, was die Grundlage des europäischen Rassismus darstellt. Gott wird verstanden als Uhrmacher, der die Welt als Uhrwerk geschaffen hat, das danach als Maschine weiterläuft und darum vom rationalen Subjekt kalkulierend und berechnend beherrscht werden kann.

Thomas Hobbes fügt diesen Kategorien weitere hinzu. Er projiziert die Erfahrungen mit der entstehenden kapitalistischen Marktgesellschaft in das Wesen des Menschen hinein. Dieser ist seines Erachtens zu verstehen als isoliertes Individuum, das von der Begierde nach mehr Macht, Reichtum und Ansehen getrieben wird. So wird die Gesellschaft verstanden als ein Krieg aller gegen alle. Dieser muss von einem starken Staat dadurch gebändigt werden, dass er die Anerkennung und Durchsetzung von Eigentums- und Vertragsrechten erzwingt.

John Locke führt diesen Ansatz fort, indem er den Menschen ausschließlich als Eigentümer definiert. Zwar ist die Erde für alle geschaffen, aber Gott sagt: „Seid fruchtbar und mehret euch.“ Darum soll man sich durch Arbeit die Erde aneignen. Indem sich aber die Menschen auf die Einführung von Geld geeinigt haben, das nicht verdirbt, wenn man es hortet, können sich die rationalen und fleißigen Menschen auch mehr Eigentum anhäufen als andere. Der Staat hat keine andere Aufgabe, als dieses (ungleich verteilte) Eigentum zu schützen. Wer sich gegen diese (bürgerliche) Ordnung auflehnt, kann wie ein wildes Tier erschlagen oder zum Sklaven gemacht werden. Damit legitimierte Locke nach der Glorious Revolution (1688) die Aneignung des nordamerikanischen Landes durch englische Siedler, die Auslöschung der sich wehrenden indigenen Völker und die Ausbreitung des britischen Weltreichs. Er selbst mehrte sein Vermögen durch den Sklavenhandel.

Der Begründer der liberalen Ökonomie, *Adam Smith*, schließlich legitimiert das egoistische Streben nach mehr Reichtum theologisch mit der Behauptung, die unsichtbare Hand des Marktes forme die Egoismen der Individuen zum Reichtum der Nationen, also zu allgemeinem Wohlstand um. Dass der Markt gerade die Stärkeren stärker und die Schwächeren schwächer macht, wird durch diese Ideologie verschleiert.

In diesen grundlegenden Deutungsmustern der europäischen Moderne ist ein Verständnis Gottes versteckt, das dem biblischen Gott diametral widerspricht. Der neuzeitliche Gott belohnt gerade die Menschen, die als kalkulierende, konkurrierende Individuen die Gaben der Natur mit Hilfe der Mittel-Zweck-Rationalität und der Geldvermehrungsmechanismen zur Anhäufung von privatem Reichtum und Macht nutzen. Alles Leben wird der Logik der Kapitalakkumulation unterworfen. So wird das sich im Markt vermehrende Geld zum Gott der Moderne. Wer sich diesem Gott nicht freiwillig unterwirft, wird mit Gewalt dazu gezwungen oder ausgelöscht. Die zerstörerischen Folgen dieses Ansatzes werden zu nicht gewollten (nicht-intentionalen) bedauerlichen Nebenwirkungen, zu „Kollateralschäden“ erklärt.

Wer diese Wurzeln der neuzeitlichen Zivilisation versteht, begreift auch die Gegenwart. Sie ist gekennzeichnet durch die *neo-liberale, imperialistische Globalisierung* dieser westlichen kapitalistischen Zivilisation. In vielen Ländern des Südens vorbereitet durch Diktaturen und gewaltsames Niederwerfen aller oppositionellen Kräfte wurden nahezu alle Gesellschaften für die Herrschaft des Weltmarkts aufgebrochen und die globalen Bewegungen des Kapitals liberalisiert und dereguliert. Die Hauptakteure dabei sind die transnationalen Konzerne, Banken und Investmentfonds, die sich weltweit die Ressourcen aneignen und zusammen mit den örtlichen Eliten Menschen und Natur für ihre Zwecke ausbeuten. Ideologisch wurden diese wirtschaftlichen und politischen Eroberungszüge durch Netzwerke wie die Mont-Pèlerin-Society, Think Tanks, Medien, Universitätsinstitute und Theologien wie die „Wohlstandstheologie“ (Prosperity Theology) erfolgreich vorbereitet und begleitet. Das kalkulierende Denken in Geld- und Konkurrenz kategorien

hat inzwischen Arme, Mittelklasse und Reiche in allen Ländern durchdrungen. Nur dadurch, dass die Mehrheit der Menschen diese Zivilisation trotz ihrer gewaltförmigen, zerstörerischen Folgen akzeptiert, kann sie bestehen.

Aber selbst viele derjenigen, die sich dagegen wehren, verfallen der gleichen Logik. Sie antworten auf den systemischen wirtschaftlichen und politischen Terror mit Gegenterror. Und wo Hunger, Chaos und Naturzerstörung wachsen, wenden sich ethnische, religiöse oder soziale Gruppen gegeneinander statt gemeinsam und kooperativ Widerstand zu leisten und an grundlegenden Alternativen zu arbeiten. Ja, das Konkurrenzverhalten dringt in die Familien und Schulen ein. Gewalt gegen Frauen, Gewalt in den Schulen und Gewalt auf der Straße werden wesentlich verstärkt durch die allgemeine Kultur der Gewalt. Dass dabei viele Medien, die ebenfalls von den Gewinnern des ökonomischen und politischen Systems beherrscht werden, eine besondere Rolle spielen, ist bekannt.

Angesichts der großen Krisen des Lebens auf allen Ebenen, die dieses System inzwischen unübersehbar erzeugt, besteht eine große Chance, dass Menschen neu urteilen lernen und umkehren. Damit stehen die Kirchen vor der großen Aufgabe, das biblische Zeugnis Gottes neu zu verstehen und hörbar zu machen, indem sie sich selbst aus der Anpassung an die zerstörerischen Elemente der Moderne befreien lassen und zusammen mit Gemeinschaften und Bewegungen anderen oder keinen Glaubens an dem Aufbau einer lebensfördernden Kultur arbeiten und entsprechend handeln lernen.

2. Das biblische Zeugnis für das Leben in Gerechtigkeit und Frieden

Die hebräische Bibel und die messianischen Schriften des Zweiten Testaments malen – bis auf wenige Ausnahmen – keine ideale Welt aus der Perspektive der Herrschenden. Im Gegenteil, sie berichten, wie Gott den durch Gewalt Gefährdeten zu Hilfe eilt und mit ihnen neue Gemeinschaften baut, in denen Leben in Gerechtigkeit und Frieden möglich wird. Gott befreit die von imperial Mächtigen ausgebeuteten und unterdrückten hebräischen Sklaven aus der Hand der Ägypter (Ex 3), Gott gewährt den aus eigener Schuld nach Babylon deportierten Oberschichten der Judäer einen Neuanfang (z.B. Jes 40-55), Gott baut in dem unter der Gewaltherrschaft der römischen Besatzung leidenden Galiläa und Judäa durch den Messias Jesus von Nazareth neue aktiv gewaltfreie Gemeinschaften und sendet Geistkraft zur Durchdringung des ganzen Römischen Reiches mit einer neuen gewaltfreien Lebensweise in gegenseitiger Solidarität. Am Schluss der Bibel steht mitten in der Verfolgung durch das Imperium Romanum unter Einschluss der kosmischen Dimensionen die Vision eines neuen Himmels und einer neuen Erde, auf der Leben in Gerechtigkeit und Frieden möglich ist. In all diesen Situationen geht es nicht nur um die Überwindung gewalttätiger Strukturen, sondern immer auch um die Befreiung der Menschen in ihrem Innersten von der Macht der Sünde.

Was ist diese Macht der *Sünde*, die zur todbringenden Gewalttat verführt? Nach der Katastrophe der Zerstörung Jerusalems und der Deportation der jüdischen Oberschicht nach Babylon setzte in allen Kreisen des Volkes Israel ein Umdenken ein. Sie fragen: Was sind die Ursachen der Katastrophe, und wie können ähnliche Fehlentwicklungen in der Zukunft vermieden werden? Dabei gewinnen die Schriften der Propheten an Bedeutung. Die Machtelite hatte deren Gottesworte verworfen und sie selbst, wie z.B. im Fall Jeremias, verfolgt. Nach der Katastrophe trat nun mitten aus den Priesterkreisen heraus Ezechiel als Prophet auf und rief zur Umkehr auf. Als reife Frucht der 50 Jahre Exil entstand in diesen Kreisen in Auseinandersetzung mit den imperialen Ideologien Babylons ein neues Verständnis der Traditionen Israels, ja, der gesamten Geschichte der Menschheit und der Schöpfung. In dieser Priesterschrift wird in der Urgeschichte (Genesis 1-11) an Gottes gute Schöpfung erinnert, aber auch daran, was Menschen daraus gemacht haben. Kern der Deutung ist die Gewalttätigkeit, die sich aus einer falschen Grundorientierung heraus in allen Dimensionen des Lebens entfaltet, und die Art und Weise, wie Gott dennoch immer wieder Leben ermöglicht.

Was ist diese *falsche Grundorientierung*? Nach Genesis 3 löst sich das Menschenpaar Adam und Eva aus der Gemeinschaft mit Gott und isst die Frucht vom Baum, der nach den Aussagen der verführenden Schlange das Wissen von gut und böse gibt. „Da sah die Frau, dass es gut wäre, von dem Baum zu essen, dass er eine Lust war für die Augen, begehrenswert war der Baum, weil er klug und erfolgreich machte“ (3,6). Es war nicht genug, Gottes reiche Gaben des Gartens gemeinsam zu genießen. Das Ich tritt in den Vordergrund und will sich selbst die Früchte aneignen (essen), will sie „privatisieren“. Das unmittelbare Ergebnis ist die Scham voreinander. Mit der Beziehung zu Gott ist auch die Beziehung untereinander gestört. Mann und Frau sehen sich nicht mehr in selbstverständlicher gegenseitiger Beziehung. Eine weitere Folge ist die Herrschaft des Mannes über die Frau (V. 16). Das Verhältnis des Mannes zur Erde wird gestört (V. 17), und beide sind dem Tod verfallen. Von ihren Söhnen erschlägt der Ältere, Kain, den Jüngeren, Abel (Gen 4). Ein späterer Nachkomme Kains, Lamech, führt die grenzenlose Rache ein (4,23f.). In der Noahgeschichte hören wir dann das zusammenfassende Urteil: „Und die Erde verdarb vor dem Angesicht Gottes, indem Gewalt die Erde erfüllte. Da sah Gott die Erde an: Sieh hin, sie ist verdorben. Alles Fleisch hatte seinen Lebensweg verfehlt auf der Erde.“ (6,11f.). Die Geschichte von der auf diese Verderbtheit folgenden Sintflut ist die deutlichste biblische Wahrnehmung der Tatsache, dass menschliche Sünde nicht nur die sozialen Beziehungen zerstört, sondern die Erde selbst. Dieses Motiv taucht in den biblischen Schriften immer wieder auf. Unrecht verbunden mit Götzendienst führt in der Zeit des Propheten Elia zum Ausbleiben des Regens und zu einer vernichtenden Dürre. Der Höhepunkt der umfassenden Gewaltgeschichte im Buch Genesis ist das Imperium. Es wird symbolisiert durch den Bau des Turms in Babylon, der gleichzeitig der Aufsicht über die ringsum als Sklaven arbeitenden Angehörigen unterworfenen Völker wie auch der Anbetung des Gottes der Macht dient. Die Herrschaft wird auch dadurch befestigt, dass mittels kultureller Gewalt nur die Sprache des Imperiums benutzt werden darf.

Die Macht der zur egoistischen Aneignung verführenden Sünde ist kein Schicksal, dem sich die Menschen beugen müssten. Gott sagt zu Kain, bevor dieser seinen Bruder erschlägt: „Ist es nicht so: Wenn dir Gutes gelingt, schaust du stolz; wenn dir aber nichts Gutes gelingt, lauert die Sünde an der Tür. Auf dich richtet sich ihr Verlangen, doch du – du musst sie beherrschen“ (4,7). Und selbst, wenn die Menschen der Sünde und der ihr folgenden Gewalt nachgeben, bietet Gott in Liebe einen Neuanfang an. Gott kleidet die sich ihrer Nacktheit schämenden Adam und Eva, schützt den Brudermörder Kain vor der Rache, setzt seinen Kriegsbogen in die Wolken – als Zeichen dafür, dass mit dem Noahbund der Bestand der Erde garantiert ist, dass die von Gewalttat verdorbene Erde nicht noch einmal durch die Flut zerstört werden soll (9,12ff.). Gott beruft den Abraham, um ihn und seine Nachkommen zum Segen für die Völker zu machen, beruft Propheten, wenn sie dieser Mission untreu werden, und sendet schließlich den Messias, Jesus von Nazareth, um in seinem Geist eine neue Menschheit zu schaffen, in der die Herrschafts- und Gewaltverhältnisse zwischen Mann und Frau, zwischen männlichen Eigentümern und Sklaven, zwischen verschiedenen Völkern und Kulturen aufgehoben werden (Gal 3, 26-28).

Im Blick auf die neuzeitliche *Gewaltzivilisation* ist es wichtig zu sehen, dass sich deren *Vorformen* bereits seit dem 8. Jahrhundert v. Chr. im Alten Orient ausbreiten, aber auch, dass und wie sich die Treuen in Israel im Vertrauen auf Gott dagegen wehren. Schon vorher hatten sich der Königshof und die Aristokratie an den landbesitzenden Bauern bereichert. Und diese mussten ihren Erbbesitz, der als Nutzungseigentum die Selbstversorgung der Familien garantierte, gegen Übergriffe verteidigen (1 Könige 21). Aber nun kam von Griechenland her eine Wirtschaftsform, in der Land als Privateigentum angesehen wurde, das es mit Hilfe von Zinsnahme und Geld zu vermehren galt. Auf die Geldwirtschaft mussten sich die Bauern auch deshalb einlassen, weil sie Tribut an die Großmächte zahlen mussten, wie in Nehemia 5 berichtet wird. Die Folge war die Spaltung der Gesellschaft in Großgrundbesitzer und solche Familien, die bei schlechter Ernte Saatgut leihen mussten, aber den Kredit samt Zinsen nicht zurückzahlen konnten. Sie verloren ihr verpfändetes Land und mussten den Kredit als Schuldklaven bei den Großgrundbesitzern abarbeiten.

Der Höhepunkt dieser Vorformen der neuzeitlichen Gewaltzivilisation waren die *hellenistischen Imperien und das römische Weltreich*. Neben dem normalen Tribut wurden die Eigentums-Zins-Geldwirtschaft mit ihren spaltenden Konsequenzen, ihrer Sklaverei und mit der Herrschaft der Städte über das Land sowie die dazu gehörigen Ideologien totalitär durchgesetzt. Hier verbindet sich die damalige Globalisierung der Eigentums-Geldwirtschaft mit militärischer Eroberung und Unterwerfung der Völker.

Gegen solchen wirtschaftlichen Raub- und Gewaltmechanismus treten seit Amos die *Propheten* auf: „Sie gieren nach Feldern und reißen sie an sich, nach Häusern und nehmen sie. Sie unterdrücken den Freigeborenen und sein Haus, den Mann und seinen Erbbesitz“ (Micha 2,2; vgl. Amos 2, 6f.; Jes 5,8). Die Propheten haben einen teilweisen Erfolg insofern, als sie *Rechtsreformen* erreichen (das Bundesbuch in Ex 21-23; Deuteronomium; Leviticus). Darin wird vor allem das Zinsnehmen verboten. Und wenn jemand in Schulden gerät, müssen diese nach sieben Jahren, im Sabbatjahr, erlassen, ebenso die Schuldklaven befreit und das Ackerland in Ruhe gelassen werden. Denn auch das Land darf nicht bis auf das letzte ausgebeutet werden. Es ist pflöglich zu behandelnde Gabe zur Versorgung der Familien und keine Ware. Es darf keine Ausbeutung von menschlicher Arbeit und Natur geben, und keine Gier nach Akkumulation. Denn: „Ich bin dein Gott, weil ich dich aus Ägypten, dem Haus der Sklavenarbeit, befreit habe. Für dich soll es keine anderen Gottheiten geben – mir ins Angesicht“ (Deut 5, 6f.). Die anderen Gottheiten haben Namen wie Baal – Herr und Besitzer – oder Mammon, der Gott des Schätzesammelns.

Dem stellt das alte Israel die Vision einer *Ökonomie des Genug für alle* entgegen. Wir hören in der Mannageschichte: Gott gibt Brot als Gabe für alle – und die Weisung „Sammelt so viel ihr braucht, einen Krug pro Kopf der Bevölkerung. Jede Zeltgemeinschaft soll sich versorgen“. Die Israelitinnen und Israeliten taten das; die einen sammelten mehr, die anderen weniger. Als sie alles Gesammelte maßen, da hatten die Vielsammler keinen Überschuss und die Wenigsammler keinen Mangel, sie hatten gerade so viel heimgebracht, wie jede Person brauchte“ (Ex 16).

Jesus und die, die ihm nachfolgen, nehmen diese Ökonomie des Genug für alle auf. Jesus weist die Versuchung des Verführers zurück, aus Steinen Brot zu vermehren, mit den Worten: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von den Weisungen Gottes“ (Mt 4,4). Er lässt die 4000 Menschen das, was sie haben, teilen, und alle werden satt (Mk 8,1-10). Über die junge, vom Geist Gottes inspirierte Gemeinde der Jüngerinnen und Jünger heißt es in der Apostelgeschichte (4,32f.): „Die Menge der zum Glauben Gekommenen war ein Herz und eine Seele und niemand sagte von irgendetwas, das er oder sie besaß, dass es Privateigentum sei, sondern sie teilten alles, was sie hatten. Mit großer Macht legten die Apostel Zeugnis ab von der Auferstehung Jesu, des Herrn; und großes Wohlwollen lag auf ihnen allen. Es litt doch auch niemand Mangel unter ihnen. Alle nämlich, die Grundstücke oder Häuser besaßen, verkauften sie, brachten die Verkaufserlöse herbei und legten sie den Aposteln zu Füßen. Es wurde einzeln zugeteilt, je nachdem jemand Not litt.“

Gleichzeitig baut Jesus gegen die hellenistisch-römische Gewaltherrschaft eine gewalt- und herrschaftsfreie Gemeinschaft auf, indem er die machtinteressierten männlichen Jünger belehrt: „Ihr wisst doch: Die als Herrscherinnen und Herrscher über die Völker gelten, herrschen mit Gewalt über sie, und ihre Anführer missbrauchen ihre Amtsgewalt gegen sie. Bei euch soll das nicht so sein! Im Gegenteil: Wer bei euch hoch angesehen und mächtig sein will, soll euch dienen, und wer an erster Stelle stehen will, soll allen wie ein Sklave oder eine Sklavin zu Diensten stehen.“ (Mk 10, 42-44). Genau eine solche herrschaftsfreie und lebensfreundliche neue Ordnung in Gegenseitigkeit meint das Reich Gottes – das Zentrum von Jesu Verkündigung und praktischem Leben. Diese neue Gemeinschaft im Sinn der Bergpredigt ist dann Licht in einer finsternen Weltordnung und „Salz der Erde“ (Mt 5,13ff.) – der missionarische Auftrag an alle nachfolgende Christenheit. Bis heute ist ein solches Leben in Gerechtigkeit und Frieden im Geist Jesu möglich. Wenn wir es als weltweite ökumenische Gemeinschaft in der dramatischen Krise der gegenwärtig herrschenden Weltordnung konflikt- und leidensbereit verwirklichen, sind wir die missionarische Gemeinde Jesu.

3. *Leben in Gerechtigkeit und Frieden in anderen Glaubensgemeinschaften und Kulturen*

Die Krise ist global. Die sozial und ökologisch zerstörerische neoliberal-kapitalistische Weltwirtschaftsordnung ist global. Die ihr dienende imperialistische Politik der USA und ihrer Verbündeten ist global. Die individualistisch konkurrierende und darum gewaltbereite Denk- und Lebensweise breitet sich global aus. Darum ist es undenkbar, dass allein die Christenheit die lebensnotwendige, dem Leben in Würde dienende neue Zivilisation und die dafür notwendigen neuen Institutionen hervorbringen kann – einmal ganz abgesehen davon, dass die westliche Zivilisation unter direkter Mitbeteiligung der nachkonstantinischen Christenheit hervorgebracht wurde und bis heute von vielen Christen und Christinnen unterstützt wird. Es gilt also nicht nur, die christlichen Kirchen aus biblischer Weisung und Inspiration zu einer grundlegenden Umkehr und Erneuerung zu bewegen, sondern sich dabei auch mit den Kräften in anderen Glaubensgemeinschaften zu verbünden, die bereit sind, sich aus ihren jeweiligen Quellen erneuern zu lassen und gemeinsam für eine neue Kultur des Lebens in Gerechtigkeit und Frieden zu kämpfen. Dafür gibt es viele Möglichkeiten und Ansätze.

In der Tradition der Propheten und der Tora gibt es eine Fülle *jüdischer* Bewegungen und Organisationen, die für Leben in Gerechtigkeit und Frieden kämpfen – gerade auch gegen die Gewaltpolitik des Staates Israel. Als Beispiele können dienen „Gush Shalom“ (<http://www.gush-shalom.org/english/intro.html>) in Israel oder das „Network of Spiritual Progressives“ (<http://www.spiritualprogressives.org>) mit der Zeitschrift „Tikkun“ in den USA.

Solche Bewegungen finden sich auch im *Buddhismus*. Als sich die neue Eigentums-Geldwirtschaft im alten Orient ausbreitete, gelangte sie auch nach Nordindien. Genau hier liegt der Ansatz *Buddhas*. Die Erfahrung der entstehenden Armut und des damit verbundenen Leidens veranlasste den Prinzen Gautama, aus Empathie alle seine Güter und Würden zu verlassen, um den Weg zu finden, Leiden in der Gesellschaft zu überwinden. Seine Erkenntnis reifte, dass die Armut und das Leiden durch die Gier verursacht werden, weshalb die Überwindung der Gier durch Meditation und das Abstreifen alles Überflüssigen sein Ausweg wurde. Seine Erleuchtung beruhte auf der Einsicht, dass es eine Illusion ist, den Menschen als isoliertes Ego anzusehen, das seine Lebensmöglichkeiten durch Eigentumsvermehrung auch auf Kosten anderer erweitern und aggressiv gewaltsam verteidigen muss. Denn alles Leben ist nur möglich in Relation zu anderen Lebewesen. Leben und alles Sein ist Relation. Dies achtsam in jedem Moment zu verwirklichen, mindert und überwindet Gewalt und Leiden.

Viele Buddhisten erkennen dies heute neu angesichts des durch das herrschende Weltsystem verursachten Leidens. Sie schließen sich örtlich und international zusammen, um eine neue Kultur des Lebens in Beziehungen zu leben und dafür mit anderen gemeinsam zu kämpfen. Als Beispiel kann das „Internationale Netzwerk engagierter Buddhisten“/“International Network of Engaged Buddhists“ gelten (<http://www.buddhanetz.org/netzwerk.htm/> http://www.inebnetwork.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=46&Itemid=48), aber auch eine Fülle engagierter Forschungen und Literatur.

Das Gleiche gilt für den *Islam*. Nicht nur spielte für Mohammed selbst soziale Gerechtigkeit innerhalb der damaligen Kaufmannskultur eine zentrale Rolle. Sondern durch die Übernahme des biblischen Zinsverbots im Koran gewinnt das Konzept der islamischen Banken gerade heute angesichts der Finanzkrise des spekulativen Kapitals eine wichtige Rolle. Darüber hinaus gibt es auch hier internationale Netzwerke, mit denen für das Leben in Gerechtigkeit und Frieden kooperiert werden kann, z. B. das „Asian Muslim Action Network“ (<http://www.arf-asia.org/aman.php>) oder die „Muslim Peace Fellowship“ (<http://mpf21.wordpress.com>). In Südafrika bildete sich sogar während des Antipartheidkampfes eine muslimische Befreiungstheologie heraus (<http://uk.geocities.com/faridesack/fereviewqlp.html>). Auch das

„Gemeinsame Wort zwischen Uns und Euch“ der 138 Islam-Gelehrten von 2007 ist eine ausgestreckte Hand an die christlichen Kirchen, für Frieden und Gerechtigkeit zusammenzuarbeiten (http://www.fgf-karlsruhe.de/100108_Brief_der_Islamgelehrten.pdf)

In der *hinduistischen* Tradition ragt *Gandhi* als „Bruder Jesu“ heraus. Er bietet eine umfassende Gegenkonzeption zur westlichen possessiven Gewaltzivilisation. Er erkannte klar: „possessiveness creates violence“. Dagegen entwickelte er eine bei der lokalen Selbstversorgung ansetzende Gemeinschaftsökonomie und eine gewaltfreie politische Strategie aktiven Widerstands gegen Unrechtsstrukturen und konstruktive Formen partizipativer Demokratie (*Satyagraha*=Festhalten an der Wahrheit). Für ihn war der Glaube an Gott direkt verbunden mit der Liebe zu den „Geringsten der Kreaturen“ und führte darum notwendig in das politische Engagement für Gerechtigkeit und Frieden. Seine Anstöße sind in vielen sozialen Bewegungen in Indien lebendig, aber auch in internationalen Organisationen wie z. B. in der „World Conference on Religion and Peace“ (<http://www.swarthmore.edu/Library/peace/DG051-099/DG078WCRP.html>).

Gerade auch indigene Bevölkerungen können Perspektiven und Ansätze bieten, die für eine neue lebensorientierte Zivilisation eine große Bedeutung haben. Die *ursprüngliche Verbundenheit der indigenen Völker mit Mutter Erde* drückt sich auch in ihren traditionellen Glaubensformen aus. Vor allem der Öko-Feminismus knüpft daran an. Aber inzwischen gibt es auch einen sehr vitalen Zweig der lateinamerikanischen Befreiungstheologie und speziell der Bibellektüre, deren kreative Subjekte Vertreterinnen und Vertreter der indigenen Völker sind.

Weiterhin hat die erwähnte, von ÖRK und CWM organisierte Konsultation über „life-giving civilization“ ein afrikanisches und ein asiatisches Konzept ins Spiel gebracht: Ubuntu und Sangsaeng. Hier erhalten wir zentrale Anstöße für eine Umkehr von einer possessiven Gewaltkultur zu einer Kultur der lebendigen Beziehungen:

„*Ubuntu* is an expression of human relations lived in community and in harmony with the whole of creation (‘African anthropology and cosmo-vision lived in community’). *Sangsaeng* is an ancient Asian concept ‘of a sharing community and economy which allows all to flourish together’.... The convergence of *Ubuntu* and *Sangsaeng* highlights the **conviviality and relationality of all God’s creation**, while offering a possibility of reflecting, analyzing and protecting life based on the *Ubuntu* principle “I am because you are, you are because I am.” Both these principles are about the eradication of hate, anger, private wealth without sharing, oppression, exploitation as well as harmony and peace with the cosmos.“

Sind es aber nicht verschiedene Götter, die in den verschiedenen Glaubensgemeinschaften angebetet werden? Hindert das nicht die notwendige Zusammenarbeit? Der 1. Entwurf der Ökumenischen Erklärung Gerechter Friede enthält Elemente einer Antwort auf diese Fragen. Er verwurzelt den Friedensauftrag der Kirchen in der *trinitarischen Dynamik Gottes*. Hier heißt es in den Abschnitten 22ff.:

„22. Das ewige und dynamische Miteinander-verbunden-Sein (gr. *Perichoresis*) des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes enthüllt einerseits eine all-durchdringende Einheit des Göttlichen. Diese all-durchdringende Einheit des Göttlichen ist andererseits auch eine Einheit mit und in der Vielfalt, der Ewige Eine in Drei und die Drei in dem Einen.

23. Dies enthüllt auch das Wesen der Schöpfung: Schöpfung ist in ihrer Vielfältigkeit ein nahtloses Ganzes. Sie ist innerhalb der allumfassenden *energeia* Gottes (d.h. der Bewegungen der Dreieinigkeit nach aussen), die dazu bestimmt sind, um auf sakramentale Weise die Liebe des Vaters, die Gnade des Sohnes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes zu offenbaren. Die Harmonie und Schönheit des geschaffenen Lebens, die durch ihre vielfältigen dynamischen Auswirkungen manifest werden, lassen sich deshalb nicht von der allumfassenden trinitarischen Realität des Gottes des Friedens lösen.

24. Darum sind Gott und die Schöpfung nicht unendlich voneinander entfernt. Vielmehr stehen sie in einer tiefgehenden Beziehung zueinander, und so spiegelt die Vielfalt innerhalb der Schönheit der Schöpfung die *perichoresis* oder Ko-Inhärenz der Drei Personen, die die Dreifaltigkeit ausmachen, wider. Es sind diese kreisförmigen, sich gegenseitig umarmenden Beziehungsformen, die uns die Wirklichkeit Gottes enthüllen. Sie ist schöpferisch und erhaltend, sie heilt und erlöst, sie bringt die Fülle des Lebens und Versöhnung in Frieden.“

Gerade die scheinbar exklusive christliche Auffassung von der Trinität enthüllt sich also als eine Brücke zu den anderen Glaubensgemeinschaften und Kulturen, die – entgegen der westlich neuzeitlichen Kombination von konkurrierendem Individualismus und deistischem maschinellen Herrschaftsgott – alles Leben und den Kosmos als Beziehungsgeflecht wahrnehmen und daraus die Konsequenz einer lebensfreundlichen relationalen Lebensweise ziehen. Gott ist in der altkirchlichen Formulierung der biblischen Tradition kein willkürlicher imperialer Herrscher (Monarch), sondern als Relationalität die Quelle von Gemeinschaft, von gegenseitiger Beziehung in Liebe und Gerechtigkeit – deren Frucht der allumfassende Friede, Shalom, ist. Schwierigkeiten mit anderen Glaubensgemeinschaften gibt es nur, wenn die Trinitätslehre als unverstandenes Dogma behauptet wird. Relationalität hat Vorrang vor aller Substanzontologie. Darin trifft sich biblisch begründeter christlicher Glaube mit allen genannten Glaubensformen und Kulturen. Aber selbst wenn sich in bestimmten Glaubensfragen Differenzen ergeben sollten: Gott, wie in der Bibel zuletzt von Jesus bezeugt, fragt nach der Menschlichkeit gegenüber bedürftigen und leidenden Kreaturen, und in dieser Hinsicht sind es sogar häufig diejenigen, die von Jesus gar nichts wissen, die Gottes liebenden Willen erfüllen (Mt 25, 32ff.).

4. Eine Zivilisation des Lebens ist nicht nur notwendig, sie ist möglich – sie wächst schon

Überall in der Welt wachen Menschen in Gruppen, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Glaubensgemeinschaften, Wissenschaften und sogar mancherorts in politischen Institutionen auf, leisten Widerstand gegen todbringende Strukturen und gestalten Elemente einer neuen Zivilisation des Lebens in Gerechtigkeit und Frieden. Spätestens die große Gesamtkrise seit 2008 hat gezeigt, dass es nicht mehr darum geht, Menschen individualistisch-ethisch auf eine „Wertentscheidung“ anzusprechen. Eine Ethik des Lebens ist lebensnotwendig für alle und die gesamte Menschheit. Schon in den 1960er Jahren wurde formuliert: „Frieden ist die Lebensbedingung des wissenschaftlich-technischen Zeitalters“. Heute muss es ganz umfassend heißen: ohne Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur in den Dienst des Lebens in Gerechtigkeit und Frieden zu stellen, wird es kein Leben geben. Das begreifen immer mehr Menschen. Manche fühlen es nur und warten auf weitere Orientierung – eine ungeheure Herausforderung für uns Christinnen, Christen und Kirchen. Dabei können wir uns auf beeindruckende Anfänge stützen.

Grundlegend ist das Wachsen eines neuen Verständnisses vom Menschen. Die *Hirnforschung* z. B. hat nachgewiesen, dass wir in unserem Hirn sogenannte Spiegelneuronen haben. Diese bewirken, dass wir z.B. spontan Schmerz mitempfinden, wenn wir Schmerz an einem anderen Menschen sehen. Das heißt, wir sind nicht – wie uns die kapitalistische Anthropologie glauben machen will – „von Natur aus“ einfach egoistisch um mehr Macht und Reichtum konkurrierende Individuen, sondern wir sind auch mitfühlende, empathische Wesen. Das Streben nach dem Überleben der eigenen Person dient auch dem Leben – aber nur, wenn es mit der Einsicht und der Praxis verbunden ist, dass wir nur mit anderen gemeinsam überleben können. Wenn wir uns hingegen rein egoistisch-kalkulierend verhalten, werden wir – zumindest unter heutigen wissenschaftlich-technischen Bedingungen – nicht überleben. Und in genau dieses Fehlverhalten treibt uns die moderne westliche Zivilisation. Hier müssen wir auch als Kirche unsere Mitschuld bekennen. Denn die Art, wie wir die individuelle Sünde als gleichsam zum Menschen gehörig gelehrt haben, unterstützt bis heute gesellschaftlich die Irrlehre von der egoistischen „Natur“ des Menschen, mit der die kapitalistische Ideologie ihre Wirtschaftsweise und eine autoritäre Politik ihre Macht legitimieren.

Auch in der *Psychologie* wächst ein anderes Menschenbild. Statt den Menschen als individuelles Triebwesen zu sehen, zeigt die Relationale Psychologie, dass wir Subjekte nur durch Intersubjektivität werden. Das heißt nur in gegenseitigen Anerkennungen kann unser Selbst entstehen und gesund bleiben. Sogar die Glücksforschung beweist und zeigt ebenso an den Selbsteinschätzungen der befragten Testpersonen, dass Glück nicht durch „mehr haben“ über das zum guten Leben hinaus, sondern durch gelingende Beziehungen empfunden wird – und dies nicht

nur bezogen auf den persönlichen, sondern auf den gesamten gesellschaftlichen, internationalen und sogar ökologischen Bereich.

Kurz, auch die Wissenschaften entdecken die Relationalität als Priorität für das Menschsein. Mitgefühl, Kooperation und Solidarität stehen nicht gegen die Natur des Menschen, sondern sind Elemente gewünschten und erfüllten Lebens. Nur von ihnen geleitet, führt das auch zum Überleben notwendige Streben nach Selbsterhalt zum Ziel. Sonst führt dieses in die Zerstörung. Freilich können gesellschaftliche und zivilisatorische Verhältnisse dies verdrängen. Aber insbesondere angesichts der Krise streifen immer mehr Menschen diese Verdrängung ab. Was bedeutet das aber für die Entwicklung alternativer Wirtschaft, Politik und Kultur?

Ökonomisch gesehen heißen die überholten falschen Alternativen der Moderne: absolutes Privateigentum oder absoluter, zentralistisch entworfener und durchgesetzter Plan mit Staatseigentum als Grundlage der Wirtschaft. In beiden Fällen ist die Macht oben zentriert und die Mehrheit der Menschen ist abhängig oder gar Objekt der Herrschenden und Eigentümer. Wie könnte die Alternative einer demokratischen Wirtschaft im Dienst des Lebens aussehen?

Ausgangspunkt ist die Wiederentdeckung der alten biblischen Einsicht, dass die Erde mit Luft, Wasser und Land Gabe Gottes ist und darum allen Kreaturen zum Leben dient und dienen muss. Das wird heute neu ausgedrückt mit Begriffen wie Gemeinschaftsgüter, Gemeingüter, Allmende oder Commons. Nach Berechnungen der UNO ist unbestreitbar, dass für alle Menschen mehr als genug zum Leben, jedenfalls, was die Basisversorgung betrifft, zur Verfügung stünde – wenn nicht eine kleine Minderheit die Menschheit für ihren Überfluss systematisch berauben würde. Entschiedenem Widerstand gegen diese strukturelle Gewalt der ungerechten wirtschaftlichen Verhältnisse vermochten die Mächtigen bislang – falls notwendig auch durch Anwendung direkter Gewalt – wirksam zu unterdrücken. Die Erde wird aber diese Ausbeutung und die mit ihr verbundene Verschmutzung nicht auf Dauer ertragen. Die wachsenden Umweltkatastrophen und -krisen sind dafür das Menetekel an der Wand. Darum wird Überleben für Menschen und Erde nur möglich sein, wenn die Gemeinschaftsgüter sozial gerecht und ökologisch zukunftsfähig bewirtschaftet und organisiert werden.

Zentral ist dafür das Brechen der absoluten Herrschaft des über das Gebrauchseigentum hinausgehenden Privateigentums zur Vermehrung des in Geld gemessenen Vermögens weniger. Zentraler Bezugspunkt ist der neu zu erkämpfende Vorrang des Gebrauchseigentums für alle, gekoppelt mit einer überlebensfähigen Kreislaufwirtschaft, in der der Natur nicht mehr entnommen wird, als sie nachhaltig regenerieren kann. Dabei kann die Eigentumsform je nach Praktikabilität variieren zwischen kooperativem Gemeineigentum, kommunalem Eigentum oder öffentlich-staatlichem Eigentum. Zusätzlich können durchaus an Private Nutzungsrechte vergeben werden, nun aber auf das Gemeinwohl und die natürliche Überlebensfähigkeit hin öffentlich verpflichtet und kontrolliert. Die Gemeingüter gehören grundsätzlich allen, deshalb müssen gerechte Verfahren zur Erteilung von Nutzungsrechten gefunden werden. Auch der Markt wird dadurch von dem kapitalistischen Zwang zur Reichtumsanhäufung befreit und in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt gestellt. Selbst die Technik kann aus der Gefangenschaft der Reichtumsanhäufung befreit und in den Dienst der Kreislaufwirtschaft gestellt werden.

Dass dies praktisch möglich ist, zeigen viele Beispiele auf den verschiedenen Ebenen. Auf *örtlich-regionaler Ebene* wächst weltweit die Bewegung für „*solidarische Ökonomie*“. Aufgrund der Stärke dieser Bewegung hat der Staat in Brasilien sogar ein eigenes Ministerium für Solidarische Ökonomie eingerichtet. Viele Kommunen befreien sich vom Privatisierungswahn und re-kommunalisieren ihre Versorgung mit Wasser, Energie, Verkehr. An vielen Orten wachsen zwischen Landwirtschaft und städtischen Bevölkerungen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften. Alternative kooperative Banken versorgen die Realwirtschaft mit Krediten usw.

Aber es reicht nicht, nur auf lokal-regionaler Ebene einen Wandel herbeizuführen. Dieser würde zerstört, wenn die *nationale, kontinentale und globale politische Ökonomie* Menschen und Erde weiterhin die zerstörerische Logik der Kapitalakkumulation aufzwingen. Soziale und ökologische Bewegungen in aller Welt haben bereits begonnen, starke Bündnisse zu bilden, um auch auf den Makroebenen neue Ansätze und Institutionen zu entwickeln, die die Wirtschaft in den Dienst des Lebens stellen. Ein zentraler Ansatz ist der Kampf gegen weitere Privatisierungen von öffentlichen Gütern und Diensten. Der globale Hauptagent des Zwangs zur Privatisierung im Dienst der Kapitalinteressen, die Welthandelsorganisation WTO, wurde seit 1999 wirksam von sozialen Bewegungen blockiert, obwohl – trotzdem – die Verschärfung der Regeln zu Lasten des Südens noch eher weiter zugenommen hat, weshalb der Kampf für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung weitergehen muss. Die globale Krise wird von den sozialen Bewegungen dazu genutzt, um grundlegende Alternativen des Geld- und Finanzsystems zu entwickeln. Zentral dafür ist, Geld als öffentliches Gut zur Ermöglichung des realen Wirtschaftens neu zu konzipieren und zu institutionalisieren, wie es schon der Ökonom J.M. Keynes vorschlug. Geld darf keine Ware zur Gewinnung von mehr Geld sein, wie u.a. schon Calvin forderte. Im Finanzsystem sind alle „Derivate“ und Institutionen wie Hedgefonds politisch zu verbieten, die nur der spekulativen Vermehrung des Geldwerts dienen und dadurch schwere Schäden in der Realwirtschaft anrichten.

Die gleiche Erneuerung ist im Blick auf die *Arbeit* möglich und notwendig. Technik vernichtet nicht Arbeitsplätze, wie uns die neoliberale Ideologie glauben machen will, sie verringert die notwendige Menge von Arbeit zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Genau wie im Bereich der Gaben der Natur ist die Verteilungsfrage das zentrale Problem. Wenn die gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht verteilt würde, gäbe es keine Arbeitslosigkeit. Nun aber werden die technisch möglichen Produktivitätsgewinne alle in die Vermehrung des Kapitals abgezogen. Hinzu kommt die Nichtbewertung der reproduktiven Arbeit in der kapitalistischen Wirtschaft, was bei der noch immer mehr oder weniger vorherrschenden Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu einer massiven Benachteiligung der Frauen führt. Als Teil der Entwicklung zu einer auf Gebrauchsgüter und Dienstleistungen ausgerichteten Wirtschaft ist deshalb die Arbeit neu zu bewerten und zu verteilen. Auch dafür gibt es insbesondere auf lokal-regionaler Ebene schon viele Beispiele. Die Übernahme von innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft lebensunfähigen Fabriken durch die Mitarbeiter wie z.B. in Argentinien nach der dortigen Krise in den Jahren nach 2001 zeigt, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft auch in größeren Einheiten möglich ist.

Das gleiche gilt für den *Konsum*. In den reichen Ländern herrscht die Meinung, die Erfüllung der Bedürfnisse und Wünsche sei nur durch „immer mehr“ zu erreichen. Es ist unbestritten, dass dadurch über eine Milliarde Menschen im globalen Süden nicht einmal ihre Grundbedürfnisse befriedigen kann. „Ein Kind, das verhungert, wird ermordet“, sagt Jean Ziegler. Offenbar reicht diese Einsicht aber nicht, um einen Wandel des Konsummusters im globalen Norden hervorzubringen. Deshalb versuchen hier viele Initiativen zu zeigen, dass anders leben, nämlich sozial und ökologisch verantwortlich, gleichzeitig besser leben bedeutet. Hier zeigt sich besonders, dass Glück sich durch gelingende Beziehungen einstellt – sowohl im Blick auf andere Menschen wie auch im Blick auf die Natur. Das gilt auch im Blick auf die Überwindung der extremen Schere zwischen Nord und Süd. Der Zwang zur Zerstörung der Urwälder, der Artenvielfalt und der sozialen Kohärenz, den der Norden durch das kapitalistische System gegenüber dem Süden ausübt, zerstört in gar nicht so langer Frist auch die Lebensqualität der Menschen in den Industrieländern.

Zusammengenommen heißt dies alles: Die Weltwirtschaft muss nicht zwanghaft quantitativ wachsen, wenn Ressourcen, Arbeit und Konsum einigermaßen gerecht verteilt sind. Das schließt ein, dass es im Süden unausweichlich weiter Wachstum geben muss – allerdings unter Berücksichtigung anderer Maßstäbe zur Erfassung von Wachstum. Das wird auch längst in der Forschung zu der Frage der Maßeinheit für wirtschaftlichen Erfolg (Indikatoren) gesehen. Die absurde, rein monetäre Messweise des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sieht sozial und ökologisch schädliche Vorgänge (z.B. Flussvergiftungen, Verkehrsunfälle und ihre Folgen) als positiv an, nur

weil dadurch abstraktes Wirtschaftswachstum erzeugt wird. Alternative Indikatoren messen umgekehrt nur das als wirtschaftlich erfolgreich, was zugleich sozial und ökologisch erfolgreich ist, also Menschen unter Bewahrung der Natur dient.

Ökologisch gesehen gibt es ebenfalls eine reiche Vielfalt von alternativen Ansätzen, Politiken und Lebensweisen. Zentral ist die Einsicht, dass die Energie der Zukunft nach Erschöpfung der fossilen Brennstoffe wie Öl – und hoffentlich vorher – dezentral zur Verfügung steht: Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Viele Beispiele zeigen, dass Kommunen sich mit diesen Energiequellen vollständig unabhängig von den kapitalintensiven Energie-Öligopolen machen können. Ähnlich wie bei der Grundfrage der Ökonomie, einer neuen Eigentumsordnung „von unten“, ist also auch hier die lokal-regionale Ebene Ausgangs- und Zielpunkt des Wirtschaftens, denn dort leben die konkreten Menschen und dort geht es um Zerstörung oder Bewahrung der Natur.

Ebenso gibt es inzwischen viele Beispiele für Kreislaufwirtschaft. Inzwischen sind Verfahren entwickelt worden, wie auch alle Kunstprodukte wie Plastik, Elektronikschrott u.a. per Kälteverfahren (Kryo-Recycling) in ihre Grundbestandteile zerlegt und wiederverwendet werden können. Ökologisches bäuerliches Landwirtschaften kann im Unterschied zum Agrobusiness die Ernährungssicherheit, Ernährungssouveränität und Nachhaltigkeit garantieren. Auch die Bereitschaft zur Anerkennung und – jedenfalls teilweisen – Wiedergutmachung der ökologischen Schulden des Nordens gegenüber dem Süden wächst. Soziale Bewegungen und ökumenische Netzwerke im Norden nehmen die Forderungen von Jubilee South und dem ÖRK auf, die Regierungen des Nordens zu drängen, mindestens ein Prozent ihres BIP dafür einzusetzen, dass die am meisten vom Klimawandel betroffenen Länder, besonders in Afrika, nachhaltige Technologien und Unterstützung für die ökologische Landwirtschaft erhalten, um sich an den Klimawandel anzupassen. Auch ökumenische Hilfswerke setzen sich zunehmend dafür ein, das weitere Anwachsen der ökologischen Schulden durch Emissionen und andere Arten von Verschmutzung zu stoppen.

Alle diese neuen Wege und Möglichkeiten im Bereich der wirtschaftlich-sozialen und ökologischen Gerechtigkeit sind schon ein – wenn auch nicht ausreichender – Beitrag zur *Überwindung der Ursachen von Gewalt und Krieg*. Aber es gibt auch direkte friedenspolitische Ansätze für die Verminderung und Überwindung von Gewalt. Dabei ist die *öffentliche Meinung* von zentraler Bedeutung. Beim Überfall der USA auf den Irak mit der „Koalition der Willigen“ gingen weltweit Millionen Menschen auf die Straße. Umfragen in verschiedenen Ländern Europas zeigen, dass die Bevölkerungen zu über 70% nicht nur diesen Krieg, sondern auch den NATO-Krieg in Afghanistan nachhaltig ablehnen. Das Problem ist, dass sich diese Mehrheiten nicht organisieren. Hier könnte die ökumenische Bewegung zusammen mit anderen Glaubensgemeinschaften und sozialen Bewegungen eine zentrale Rolle übernehmen. Dazu gehört auch die Organisation des Widerstands gegen die wachsende Rüstung und ihre Vermarktung. Vor allem aber wäre Präsident Obama beim Wort zu nehmen, eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. Und es wäre der Skandal zu thematisieren, dass sich die USA und die NATO nach wie vor ein Recht zum Erstschlag mit Atomwaffen vorbehalten.

Zu unterstützen und weiterzuentwickeln wären vor allem aber *Formen des aktiven gewaltfreien Widerstands* gegen Unrecht, Unterdrückung und direkte Gewalt. Auch hier gibt es zahlreiche bewundernswerte Beispiele. Eines der beeindruckendsten ist der wöchentliche Widerstand des Dorfes Bil'in im Westjordanland. An jedem Freitag organisieren die gewaltfrei Aktiven zusammen mit israelischen und internationalen Freiwilligen einen Protest gegen den Bau der Mauer, der den Palästinensern noch mehr von ihrem Land raubt. Das israelische Militär schlägt jedes Mal mit Tränengas, Gummigeschossen und Verhaftungen auf sie ein und führt nächtliche Überfälle auf das Dorf durch. Trotz dieses Staatsterrors und seiner schmerzlichen Folgen halten die Menschen durch. Hier und in anderen derartigen Fällen könnte der ÖRK eine weltweite Solidaritätskampagne organisieren. „Wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit“ – konkret.

Ein positives Beispiel für kirchliche Solidaritätsarbeit mit Unterdrückten ist der ökumenische Friedensdienst EAPPI, bei dem internationale Freiwillige in Israel und Palästina die Einhaltung von Menschenrechten an Checkpoints und anderen gewaltträchtigen Orten überwachen und gegebenenfalls schützend eingreifen.

Auch haben sich in den letzten Jahren die *freiwilligen Friedensdienste* erstaunlich entwickelt. Sowohl bei der Konfliktprävention wie auch bei der Konfliktlösung und der Nacharbeit von Konflikten gibt es eine Fülle von gelungenen Beispielen, z.B. in Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Ruanda und vielen anderen Ländern. In Deutschland haben Friedensgruppen zusammen mit den Kirchen eine strukturierte Ausbildung für solche Friedensdienste organisiert, die „Schalomdiakonate“. Damit ist deutlich, dass das Friedensschaffen essentieller Bestandteil des Kircheseins ist – ebenso wie andere Zweige der Diakonie. Aber nicht nur die freiwilligen Friedensdienste üben dieses Friedensamt der Kirche aus. Viele Kirchen und Kirchenräte in Zusammenarbeit mit dem ÖRK haben in konkreten Konfliktfällen im Stillen und darum viel zu wenig bekannt konkret zur Lösung von Konflikten beigetragen, so dass kriegerische Auseinandersetzungen vermieden werden konnten, so etwa im Südsudan, zwischen Namibia und Botswana, in Nepal. Auch dazu, dass die Revolution in der DDR 1989 friedlich verlief, haben die Kirchen, geübt im ökumenischen Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, wesentlich beigetragen.

Der umfassende Schalom Gottes ist noch nicht vollendet, aber Gott ist Mensch geworden, und in der Nachfolge Jesu können wir die Welt vermenschlichen helfen. Das Gelingen haben wir nicht in der Hand, darum ist das Gebet für den Frieden die Basis von allem Handeln. Aber das Reich Gottes ist mitten unter uns, sagt Jesus. Darum haben wir Hoffnung auch über kurzfristige Misserfolge hinaus.

Welche Folgerungen sind aus diesen kritisch-konstruktiven Urteilen angesichts der dramatischen Lebenskrisen für das Handeln auf allen Ebenen zu ziehen?

III. Handeln für das Leben in Gerechtigkeit und Frieden

Damit das Handeln der christlichen Kirchen auf allen Ebenen und in allen ihren Sozialgestalten eine klare Perspektive bekommt, ist es nötig, dass wir gemeinsam das gegenwärtige possessive Gewaltssystem ablehnen und auf biblischer Grundlage eine Vision entwickeln, auf die hin die herrschenden Verhältnisse transformiert werden müssen. Dazu *bekräftigen wir die Beschlüsse* der letzten Vollversammlungen der ökumenischen Organisationen.

Die Vollversammlung des Lutherischen Weltbunds (LWB) erklärte 2003 in Winnipeg:

„(59) In unseren vielfältigen Lebenssituationen sind wir alle mit denselben negativen Konsequenzen neoliberaler Wirtschaftspolitik (dem sog. „Washington Consensus“) konfrontiert, die zu wachsender Not, vermehrtem Leid und grösserem Unrecht in unseren Gemeinschaften führen. Als *Communio* müssen wir der falschen Ideologie der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung so begegnen, dass wir dieser Realität und ihren Auswirkungen Widerstand entgegensetzen, sie grundlegend umwandeln und verändern. Diese falsche Ideologie gründet auf der Annahme, dass der auf Privateigentum, ungezügelm Wettbewerb und der unabänderlichen Geltung von Verträgen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht. Hier handelt es sich um Götzendienst. Er führt dazu, dass die, die kein Eigentum besitzen, systematisch ausgeschlossen werden, die kulturelle Vielfalt zerstört wird, instabile Demokratien demontiert werden und die Erde verwüstet wird.“

Der Reformierte Weltbund (RWB) benannte und verwarf auf seiner Generalversammlung 2004 in Accra klar die Verkoppelung zwischen wirtschaftlichem System und imperialer Gewalt:

„(18) **Wir glauben**, dass Gott über die ganze Schöpfung regiert. „Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist“ (Ps 24,1).

(19) **Darum sagen wir Nein** zur gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung, wie sie uns vom globalen neoliberalen Kapitalismus aufgezwungen wird. ... Wir weisen jeden Anspruch auf ein wirtschaftliches, politisches und militärisches

Imperium zurück, das Gottes Herrschaft über das Leben umzustürzen versucht, und dessen Handeln in Widerspruch zu Gottes gerechter Herrschaft steht.“

Die ÖRK-Vollversammlung 2006 in Porto Alegre fasste die Arbeit im gemeinsamen ökumenischen Prozess für „Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde“ (AGAPE) in einem Gebet und Selbstverpflichtungen zusammen. Sie schließt:

„Gott, unser Schöpfer, möge die Kraft deiner Gnade uns verwandeln, Christus, gib uns Mut und Hoffnung, unser Leben miteinander und mit der Welt zu teilen, Heiliger Geist, stärke uns, damit wir im Dienste der Menschen und der Erde für Gerechtigkeit eintreten können. In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt. Amen.“

In dem Geist dieses uns alle verbindenden Gebets fordern wir einander auf, den Mut zum Handeln aufzubringen. Der AGAPE-Aufruf lädt uns ein, gemeinsam für die Umgestaltung wirtschaftlicher Ungerechtigkeit einzutreten und uns auch weiterhin in Reflexion und Analyse mit den Herausforderungen der wirtschaftlichen Globalisierung und dem Zusammenhang zwischen Reichtum und Armut auseinanderzusetzen.

1. Beseitigung der Armut

Wir verpflichten uns erneut, durch die Entwicklung solidarischer Volkswirtschaften und überlebensfähiger Gemeinschaften für die Beseitigung von Armut und Ungerechtigkeit zu arbeiten. Wir werden von unseren Regierungen und den internationalen Institutionen verlangen, dass sie über die Umsetzung ihrer Verpflichtungen zur Armutsbeseitigung und zur Nachhaltigkeit Rechenschaft ablegen.

2. Handel

Wir verpflichten uns erneut, uns durch kritisches Hinterfragen von Freihandel und einschlägigen Verhandlungen für gerechte internationale Handelsbeziehungen zu engagieren und in enger Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen für faire, gerechte und demokratische Handelsabkommen einzutreten.

3. Finanzen

Wir verpflichten uns erneut, die Kampagne für den bedingungslosen Schuldenerlass sowie für die Kontrolle und Regulierung der globalen Finanzmärkte fortzusetzen. Investitionen sollten nur noch in Unternehmen getätigt werden, die soziale und ökologische Gerechtigkeit hochhalten, bzw. in Banken oder Institutionen, die weder an Spekulation beteiligt sind noch zur Steuerflucht ermutigen.

4. Nachhaltige Nutzung von Land und natürlichen Ressourcen

Wir verpflichten uns erneut, uns an Aktionen zugunsten von nachhaltigen und gerechten Methoden der Nutzung und des Abbaus von Ressourcen zu beteiligen, in Solidarität mit indigenen Völkern, die versuchen, ihr Land, ihr Wasser und ihre Gemeinschaften zu schützen.

Wir verpflichten uns erneut, den Konsumwahn in Wohlstandsgesellschaften zu hinterfragen, damit letztere sich zunehmend für Selbstbeschränkung und einen einfachen Lebensstil entscheiden.

5. Öffentliche Güter und Dienste

Wir verpflichten uns erneut, uns dem weltweiten Kampf gegen die Zwangsprivatisierung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen anzuschließen und aktiv für das Recht jedes Landes und jedes Volkes einzutreten, ihr Gemeingut selbst zu bestimmen und zu verwalten.

Wir verpflichten uns erneut, Bewegungen, Gruppen und internationale Initiativen zu unterstützen, die sich für den Schutz lebenswichtiger Güter wie Artenvielfalt, Wasser und Luft einsetzen.

6. Leben spendende Landwirtschaft

Wir verpflichten uns erneut, uns in Solidarität mit Kleinbauern und landlosen Bauern für Landreformen einzusetzen und mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln für die Selbstbestimmung in der Nahrungsmittelversorgung einzutreten.

Wir verpflichten uns auch, die Erzeugung von genetisch veränderten Organismen (GVO) und die Liberalisierung des Handels als Pauschallösung abzulehnen. Wir verpflichten uns ferner, ökologische Anbaupraktiken zu fördern und uns solidarisch auf die Seite von Bauerngemeinschaften zu stellen.

7. Menschenwürdige Arbeitsplätze, selbstbestimmte Arbeit und ein angemessener Lebensunterhalt

Wir verpflichten uns, mit sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, die sich für menschenwürdige Arbeit und gerechte Löhne einsetzen, Bündnisse zu schließen. Wir verpflichten uns, als Fürsprecher aller Arbeiter und Arbeiterinnen sowie aller in Schuldknechtschaft arbeitenden Menschen aufzutreten, die ausgebeutet werden und denen das Recht verweigert wird, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

8. Kirchen und die Macht des Imperiums

Wir verpflichten uns erneut, uns aus biblischer und theologischer Sicht über die Frage von Macht und Imperium Gedanken zu machen und aus unserem Glauben heraus gegen hegemoniale Mächte standhaft Stellung zu beziehen. Jede Macht ist Gott gegenüber rechenschaftspflichtig.

Wir sind uns bewusst, dass der Prozess der Umgestaltung von uns als Kirchen verlangt, dass wir den Opfern der neoliberalen Globalisierung gegenüber Rechenschaft ablegen. Ihre Stimmen und Erfahrungen sind ausschlaggebend dafür, wie wir dieses Projekt im Einklang mit dem Evangelium prüfen und beurteilen. Das bedeutet, dass wir als Kirchen aus verschiedenen Regionen einander Rechenschaft ablegen und dass sich diejenigen unter uns, die den Machtzentren näher sind, in erster Linie ihren Brüdern und Schwestern verpflichtet fühlen, die täglich unter den negativen Auswirkungen der weltweiten wirtschaftlichen Ungerechtigkeit leiden.

Mit diesem Aufruf zur Liebe und zum Handeln beten wir für die Kraft, ungerechte wirtschaftliche Strukturen zu

verwandeln. Davon soll unser Denken und Handeln während der nächsten Etappe unserer ökumenischen Reise geleitet werden. Dabei helfen uns die Erkenntnisse, Vorschläge und Empfehlungen an die Kirchen, die aus dem AGAPE-Prozess hervorgegangen sind und im AGAPE-Hintergrunddokument beschrieben wurden.“

Diese Beschlüsse und Selbstverpflichtungen im gemeinsamen ökumenischen Prozess machen wir uns in unserer Erklärung zu eigen.

Darüber hinaus nehmen wir gemeinsam gefundene Positionsbestimmungen und Handlungsvorschläge im Bereich der Ökologie und des Friedensengagements der Kirchen und ökumenischen Organisationen auf.

Was den *Frieden mit der Erde* betrifft,

- so rief der RWB 2005 die Kirchen auf, sich vom Agro-business abzuwenden und am Aufbau einer lebensförderlichen Landwirtschaft mitzuwirken (http://warc.jalb.de/warcajsp/side.jsp?news_id=437&navi=45).

- 2008 untersuchte der LWB auf der Basis einer Umfrage den Klimawandel und die daraus erwachsenden Herausforderungen für Theologie und Kirche (http://www.lutheranworld.org/What_We_Do/OCS/LWI-2008-PDF/LWI-200805-EN-low.pdf).

- Die Arbeitsgruppe des ÖRK zum Klimawandel arbeitet intensiv an einer Theologie und Strategie für die Kirchen, an einem grundlegenden Zivilisationswandel für das Leben mitzuwirken (<http://www.oikoumene.org/en/resources/documents/wcc-programmes/justice-diakonia-and-responsibility-for-creation/climate-change-water/05-2009-wcc-working-group-on-climate-change-meeting.html>).

- 2008 fand in Uppsala auch ein Interreligiöser Klimagipfel statt, der ein beachtenswertes Manifesto beschlossen hat (<http://www.peaceforlife.org/resources/liferesources/2008/08-1129-uppsalainterfaithclimate.html>).

Das heißt in allen Glaubensgemeinschaften wachsen das Bewusstsein und die Handlungsbereitschaft, für die Erhaltung des Lebens auf unserem Planeten zu kämpfen. Nun kommt es darauf an, auf allen Ebenen das eigene persönliche und institutionelle Verhalten flächendeckend zu ändern und harten Druck auf die herrschenden wirtschaftlichen und politischen Kräfte auszuüben, ihr verantwortungsloses bisheriges Handeln umgehend zu ändern.

Im *Bereich des Friedens als Überwindung direkter Gewalt* hat die ökumenische Bewegung bereits zentrale Grundentscheidungen getroffen. Die Vollversammlung des ÖRK in Vancouver beschloss die Erklärung „Frieden und Gerechtigkeit“, in der sie klar nicht nur die Anwendung, sondern bereits die Herstellung von Kernwaffen zu einem Verbrechen gegen die Menschheit erklärte:

”

- a. ein Atomkrieg ist unter keinen Umständen, in keiner Region und durch kein Gesellschaftssystem zu rechtfertigen oder als gerecht zu erklären, denn das Ausmaß der daraus folgenden Zerstörung steht in keinem Verhältnis zu einem Vorteil, den man davon erwarten könnte,
- b. ein Atomkrieg dürfte kaum begrenzt bleiben, deshalb muß jeder Gedanke an einen "begrenzten" Einsatz von Atomwaffen von vornherein als gefährlich verworfen werden,
- c. alle Staaten, die bereits im Besitz von Atomwaffen sind oder in der Lage, sie in absehbarer Zukunft in ihren Besitz zu bringen, sollten bedingungslos auf den Erstschlag" verzichten und damit einen ersten Schritt zur Vertrauensbildung leisten,
- d. das Konzept der Abschreckung, dessen Glaubwürdigkeit von der Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen abhängt, ist aus moralischen Gründen abzulehnen und nicht geeignet, Frieden und Sicherheit langfristig zu wahren,
- e. die Herstellung und Stationierung von Kernwaffen ebenso wie deren Einsatz sind ein Verbrechen gegen die Menschheit. Deshalb sollten die Herstellung von Kernwaffen sowie die Rüstungsforschung und -entwicklung in allen Ländern vollkommen eingestellt und dieser Stopp sollte so bald als möglich durch ein Abkommen abgesichert werden. Eine solche Haltung kann mithelfen, unsere jeweiligen Länder zu veranlassen, voll und ganz und ungeachtet der vorübergehenden nuklearen Verletzbarkeit auf Besitz und Einsatz solcher Waffen zu verzichten, und Christen und andere dazu ermutigen und sich mit denen zu solidarisieren, die die Mitarbeit an Projekten, die mit Atomwaffen und atomarer Kriegsführung zu tun haben, verweigern,
- f. zur Verhinderung der weiteren Entwicklung der Nuklearwaffentechnologie sollten alle Staaten einen umfassenden Teststopp-Vertrag abschließen und ratifizieren...“

Noch umfassender formulierte die Ökumenische Versammlung 1989 in Dresden/DDR:

„(3) Wir erteilen Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln gegründeten Abschreckung eine Absage. Eine wirkliche Friedensordnung, die die Sicherheitsinteressen der Völker und Staaten und Staatengemeinschaften gewährleistet, muß auf das untaugliche und unverantwortbare Mittel von Massenvernichtungswaffen endgültig verzichten. Wir wollen den nun endlich beginnenden Übergang zu neuen politischen Formen der Friedenssicherung nachdrücklich unterstützen.“

Auch die 1. Europäische Ökumenische Versammlung in Basel 1989 unterstützte diese Verpflichtung:

„75. *Wir betrachten es als lebenswichtig für die Menschheit, den Krieg als Institution abzuschaffen und die auf Massenvernichtungswaffen gestützte Abschreckung zu überwinden.* Wir empfinden es als eine Notwendigkeit, die Welt fortschreitend von allen Massenvernichtungswaffen zu befreien. *Wir verpflichten uns zu einer gewaltfreien Beilegung von Konflikten in der ganzen Welt. Wir wollen zum Aufbau einer internationalen Friedensordnung beitragen.* Insbesondere müssen wir gemeinsam konkrete Abkommen eingehen, welche die Grundlage für eine internationale Friedensordnung bilden.“

Diese Beschlüsse sind erneut von höchster Aktualität und sollten von allen Kirchen ausdrücklich übernommen und umgesetzt werden. Nicht nur die USA hat sich in der bis heute geltenden National Security Strategy (2002) den nuklearen Erstschlag vorbehalten, sondern auch die NATO. Auch geht die Waffenentwicklung weiter. Dies sollte von den Kirchen öffentlich und nachhaltig als Verbrechen gegen die Menschheit angeprangert werden. Der Augenblick ist günstig. Präsident Obama hat angekündigt, einen Prozess für eine atomwaffenfreie Welt in Gang zu setzen. Die Kirchen in allen Ländern, die Atomwaffen besitzen, sollten nachhaltig Druck auf ihre Regierungen ausüben, um aus dieser Ankündigung Wirklichkeit werden zu lassen.

Allerdings ist das Problem viel umfassender. Völkerrechtswidrig begonnene imperiale Kriege gehen unvermindert weiter. Insbesondere der von der US-Regierung erklärte „Krieg gegen den Terror“ findet seit 2001 in einem rechtsfreien Raum statt. In Afghanistan betreibt die NATO sogar eine weitere Eskalation des Krieges. Der Überfall auf den Irak durch eine von den USA angeführte „Koalition der Willigen“ hat unsägliches Leid über die Bevölkerung gebracht, nachdem schon der zweite Golfkrieg 1991 und seine Folgen mehr als eine Millionen Menschen das Leben kostete. Unter dem Deckmantel des Krieges gegen den Terror unterstützt die US-Regierung auch indirekt das Morden an Menschenrechts- und Friedensengagierten in Ländern wie den Philippinen und Kolumbien, ebenso wie die Unterdrückung der Palästinenser durch den Staat Israel. Aber auch die EU entwickelt Eingreif- statt Verteidigungstruppen zum Schutz ihrer Wirtschaftsinteressen weltweit und legalisiert diese Wende im Lissabon-Vertrag.

Darüber hinaus werden mit dem Klimawandel Klimakriege zunehmen. Als erster dieser Art gilt bereits der Krieg im Sudan. Auch wird durch die Chaotisierung von Gesellschaften durch die sozialen Folgen des neoliberal kapitalistischen Wirtschaftssystems die Zahl der Bürgerkriege zunehmen. Beides zeigt, dass gleichzeitig mit der gezielten Bekämpfung von spezifisch friedenspolitischen Gefährdungen wie die Existenz von Massenvernichtungsmitteln und die imperialistische Ausrichtung des Westens die wirtschaftlichen Ursachen von sozialer und ökologischer Gewalt beseitigt werden müssen. Friedenspolitik ohne die Arbeit an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit ist nicht möglich. Das Gleiche gilt umgekehrt: keine soziale und ökologische Gerechtigkeit ohne Frieden.

Darum ist es zentral wichtig, dass der Ökumenische Rat und die Mitgliedskirchen angesichts der umfassenden Systemkrise eine neue verbindliche Anstrengung unternehmen, die Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Schöpfung in ihrem Zusammenhang auf die Tagesordnung zu setzen. Das gilt sowohl im Blick auf die strukturellen und kulturellen Ursachen der umfassenden Krise und die daraus folgende klare Absage an das herrschende System wie auch im Blick auf die Arbeit an den Bedingungen einer neuen lebensförderlichen Zivilisation einschließlich neuer politisch-ökonomischer Strukturen und Lebensweisen. Dabei geht es wie schon immer im Konziliaren Prozess gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der

Schöpfung auch um das Kirchesein von Kirche in Treue zu Gott auf der Basis des biblischen Zeugnisses.

Darum drücken wir in unserer Erklärung unseren Glauben an Gottes Liebe zum Leben in gerechtem Frieden, unsere Absage an Zivilisation und Strukturen des Todes und unsere Befreiung zu einem Leben in gegenseitiger Verpflichtung aus.

(Der Wortlaut der ÖNiD- Erklärung findet sich auch auf <http://www.oenid.net/Projekte/IOeFK.html>)